

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 3-9
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand Berlin O 34, Memeler Str. 3-9 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, viertelj. 6 M. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Vorgiszelle 2 M.

Nummer 51

Berlin, den 18. Dezember 1931

43. Jahrgang

Vierte Notverordnung

Erneute Belastung der Arbeiter und Angestellten - Einbruch in das Tarifrecht

Die Vierte Notverordnung der Reichsregierung bringt für die Arbeiterschaft eine weitere ungeheure Belastung. Es ist ein Weihnachtsgeschenk, wie es sich die schwärzeste Phantastie nicht gut ausmalen konnte. Wenn durch sie der Weg freigelegt würde, um aus der allgemeinen Wirtschaftsnot herauszukommen, könnte man sich mit ihr vielleicht als bald vorübergehende Erscheinung abfinden. Bei der Weltverflochtenheit der deutschen Wirtschaft jedoch fehlt zu dieser Annahme jede sachliche Voraussetzung. Diesem Aufguß aus der schwarzen Küche fehlt jede Heilkraft. Die Senkung der Löhne ist wiederum das Hauptstück der ganzen Notverordnung. Man will billiger werden auf Kosten der Arbeitslöhne und vergißt dabei, daß andere Länder nicht müßig bleiben, und ihrerseits dem deutschen Beispiel folgen, damit der Status quo wieder hergestellt wird. Man kann das Spiel beliebig beginnen, um immer am Ende feststellen zu müssen, daß man wieder auf dem alten Platz angekommen ist. Nur die eine Erfahrung dürfte man dann nachträglich machen können, daß der Stand der Wirtschaft, die Lebenshaltung der breiten Volksschichten sich weiter verschlechtert haben.

Der Herr Reichsfinanzminister Dr. Dietrich führte in seinem Rundfunkvortrag aus, daß man durch die Maßnahmen der Notverordnung den aus dem Pfundsturz sich ergebenden Schwierigkeiten für den Export begegnen wolle. Wenn der Pfundsturz die Ursache der Vierten Notverordnung ist, so wäre es besser, man hätte dieselbe nicht erlassen, weil sie ja gegenüber der Pfundkrise ein völlig unbrauchbares Mittel ist. Die Bewegung des Pfundwertes ist auf die Funktionen des Weltmarktes zurückzuführen.

Die Vorstellungen, die von Gewerkschaftsseite gegen eine weitere Lohn- und Gehaltsenkung erhoben wurden, sind vom Reichskanzler Dr. Brüning unbeachtet gelassen worden. Es ist dies außerordentlich bedauerlich, da die Regierung mit dieser Notverordnung die Klust, die zwischen ihr und der Arbeiterschaft bereits besteht, erheblich erweitern wird.

Die Verschärfung der Reichsregierung, daß die Kaufkraft durch die Notverordnung eine weitere Schrumpfung des Innenmarktes nicht zur Folge haben dürfte, wird von der Arbeiter- und Angestelltenchaft nur mit einem skeptischen Kopfschütteln entgegengenommen werden. Es ist Zukunftsmusik. Und übrigens hat man auf diesem Gebiet nunmehr genügend Erfahrungen gesammelt, die jeden Glauben an solche Versicherungen erschüttern müssen, auch jetzt, nachdem man ernstliche Preisabbaumassnahmen ergriffen hat. Gewiß, durch die Notverordnung werden die Mieten und auch ein Teil der gebundenen Preise für eine Reihe von Bedarfsartikeln gesenkt werden. Aber ein weit größerer Teil der Nahrungsmittel, der Textilien, Lederwaren usw., sie werden aus dem Rahmen der Preisenkung herausfallen, weil bisher keine Möglichkeit besteht, den Detailhandel so zu kontrollieren, daß er tatsächlich für alle Waren die Preise senkt. Es kommt

hier wohl lediglich auf den guten Willen der Detaillisten an; so große Idealisten sind aber die Detailwarenhändler nicht, daß sie, weil die Regierung es verordnet hat, die Preise entsprechend der Verordnung senken werden. Die Dinge liegen hier tatsächlich viel zu kompliziert, als daß man auf dem Verordnungswege einen Preisabbau erzwingen könnte. Es mag sein, daß durch die Herabsetzung der Zinsätze, der Senkung der Frachten die Bahn für die Senkung des Preisniveaus wesentlich erleichtert wird, jedoch darf nicht vergessen werden, daß für die Preisbemessung Angebot und Nachfrage die wichtigsten Faktoren sind, die sich durch Notverordnungen nicht beeinflussen lassen. Die Möglichkeit einer allgemeinen Preisenkung wäre vielleicht gegeben, wenn durch die Zins- und Frachtsenkung ein Auftrieb der Produktion gewährleistet würde. Dieser kleine Hoffnungs-schimmer wird aber abgetötet durch die weitere Schrumpfung der Kaufkraft, die zweifellos durch die starke Lohn- und Gehaltsenkung eintreten wird.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab, gleichgültig, wie lange etwaige Tarifverträge laufen, sollen die Löhne um 10 Proz. gesenkt werden, sofern sie seit dem 1. Juli 1931 keine tariflichen Reduktionen erfahren haben, um 15 Proz. Die Löhne sollen dem Stand vom 10. Januar 1927 angeglichen werden. Die Gehälter sollen ebenfalls um 9 Proz. vom 1. Januar 1932 an neu gekürzt werden. Schon hieraus ergibt sich, daß die Lohn- und Gehaltsenkung weit höher ist als die Preisenkung. Die Preise sollen vom Stand des 1. Juli 1931 aus um 10 Proz. herabgesetzt werden, da aber seit dem 1. Juli 1931 bereits eine Preisenkung zu verzeichnen ist, so ergibt sich, daß also die Spanne zwischen Preisen und Löhnen noch erweitert wird. Das schlimmste aber ist, daß durch die Notverordnung ein Eingriff in das Tarifrecht vorgenommen wird, der von weitgehender Bedeutung und in seiner Konsequenz von außerordentlicher Tragweite ist.

Die Grundlage des Tarifrechts wird durch die Notverordnung zerstört. Daß alle laufenden Tarifverträge zum 30. April 1932 gekündigt werden können, verschlechtert nebenher noch die Kampfbasis der Arbeiter und Angestellten in der Verteidigung des Lohnes gegenüber dem Unternehmertum in der bedenklichsten Weise. Es wird ein Zustand geschaffen, wie ihn sich der Reichsverband der Deutschen Industrie nicht besser wünschen kann. Die Arbeiterschaft wird also nicht nur durch eine Lohn- und Gehaltsenkung von 10 bis 15 Proz. bestraft, sondern darüber hinaus noch durch eine Verschlechterung ihrer Kampfbasis gegenüber dem Unternehmertum. Gewiß, man kann zu der Auffassung kommen, daß die Löhne in Deutschland nach Durchführung der Notverordnung so niedrig liegen, daß auch die Arbeiterschaft ein Interesse am Tarifvertrag überhaupt nicht mehr hat. Dann ist schließlich die Ungebundenheit der bessere Zustand, damit die Arbeiterschaft die Möglichkeit für die Erhöhung des Arbeitslohnes anzunehmen in der Lage ist. Durch den Eingriff in das Tarifrecht werden die gewerkschaftlichen Funktionen aufgehoben. Die früheren Zusicherungen über die Unantastbarkeit der tariflichen Verträge sind zerfallen. Man hat nicht Wort ge-

halten. Es ist ein schlechtes Beispiel für die etwaigen Verfassungsbrecher. Die Regierung Brüning ist auf dem besten Wege dazu, eine Zeit des ständigen Lohnkampfes zu schaffen.

Durch die Notverordnung wird die größte Unruhe in die breitesten Kreise der Bevölkerung getragen, namentlich jener Teile, die in der letzten Zeit fortgesetzt die größten Opfer aufgebürdet bekamen. Wenn man schwere Zeiten überstehen will, so muß man die staatszerhaltenden Kräfte zusammenhalten und die Opfer gleichmäßig verteilen. Durch die vierte Notverordnung geschieht dies nicht. Sie wird deshalb zu einer Quelle größten Mißtrauens und wird jene Fronten stärken, die über die Not der breiten Massen die politische Macht an sich zu reißen versuchen. Ein solches Beginnen muß und wird zersetzend wirken. Daran dürfte auch die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning durch den Rundfunk, die eine scharfe Kampfansage gegen die Nationalsozialisten enthielt, nichts ändern, zumal jene Behörden, die die Vollzugsgewalt in den Händen haben, ihr wie bisher leider nicht folgen dürften.

Neben diesem bringt die Notverordnung noch eine Verschlechterung der Sozialversicherung und -fürsorge. Die Verordnung läßt für die Invalidenversicherung wohl die Renten in ihrer Höhe und den Kinderzuschlag bestehen, aber die Kinderzuschüsse und Waisenrenten werden nicht mehr über das 15. Lebensjahr hinaus bezahlt. In der Unfallversicherung kommen die kleinen Verletzten in Wegfall. Die Leistungen der Krankenkassen und Ersatzkassen werden zeitweise auf die Regelleistungen beschränkt.

Im sechsten Teil der Verordnung werden die Wahlen nach dem Betriebsrätegesetz, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknapp-schaftsgesetzes auf das Jahr 1932 verschoben.

Im großen und ganzen gesehen, wird die Arbeiter- und Angestelltenchaft durch die Notverordnung schwer getroffen, ohne daß mit derselben eine Beseitigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage erreicht werden dürfte. Die Notverordnung wird aber in weiten Kreisen der Bevölkerung Verbitterung erzeugen. Sie wird am Ende nur den Gegnern der Republik Vorstoß leisten.

Die Textilindustrie im Lichte der Konjunkturforschung

In dem letzten Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung (IKK) nimmt die Textilindustrie eine besondere Stellung ein. Sie ist die „widerstandsfähige“ Industrie. Sie konnte ihren Produktionsumfang halten bzw. steigern. Innerhalb der einzelnen Branchen „fällt die vergleichsweise günstige Entwicklung der Baumwollindustrie und der Wirk- und Strickwarenindustrie auf. In beiden Gruppen bewegt sich der Beschäftigungsgrad nicht unerheblich über seinem Tiefstand vom Jahresanfang. Die Zusammensetzung der Beschäftigungs- und die der Produktionsreihe ist nicht gleichartig“.

Entwicklungstendenzen der letzten Monate.

Die besondere Entwicklung in der Textilindustrie führt das IFR auf drei Faktoren zurück, auf die besondere Lage im Einzelhandel, die Lageranreicherung bei Industrie und Handel und schließlich auf die Exportentwicklung.

Flucht in die Sachwerte.

Für den Einzelhandel wird festgestellt, daß sich die Umsätze dem Werte nach weiter verringert haben. Hier macht sich die falsche Gehalts- und Lohnpolitik geltend, die die Kaufkraft verringert und die Krise verschärft. Da die Preisbewegung aber verschärft abwärts gerichtet war — im Teuerungssindex fallen neben den Ernährungsstoffen im besonderen die Bekleidungskosten —, hat sich der Mengenumsatz tatsächlich auf der Höhe wie zuvor gehalten. Das ist aber für das Produktionsvolumen entscheidend. Hinzu kommt, daß der Umsatzrückgang im ganzen geringer war, als auf Grund der Einkommensentwicklung hätte erwartet werden müssen. Der Konsum griff in beträchtlichem Maße auf Sparguthaben zurück, um Einkommensausfälle auszugleichen oder sogar den Verbrauch über den bisherigen Umfang hinaus zu steigern. Wenn auch diese aus Währungsbesorgnissen erwachene Kaufwelle sich erst in zweiter Linie — zunächst profitierte davon die Möbelindustrie — auf Textilien erstreckte, so ist doch in einer Reihe von Textilwaren, vor allem in Erzeugnissen von längerer Ge-

brauchsdauer (Wäsche, Teppiche, Großkonfektion usw.), eine Umsatzbelebung, die aus dem reinen Konjunkturverlauf deutlich herausspringt, nicht zu verkennen. Bei der knappen Lagerhaltung auf allen Stufen von Industrie und Handel mußte eine solche Bewegung unmittelbar die Produktion stützen, da Lagerergänzungen unvermeidlich wurden.“ Diese Feststellungen ergänzen das Bild, das der Verlauf der Textilmesse in Leipzig ergab.

Erweiterung der Lagerhaltung.

Die Flucht in die Sachwerte hat in Deutschland nicht den Umfang angenommen wie in anderen Ländern. Schließlich sind in Deutschland von den 12 Milliarden Mark Spar-kassengeldern nur ein Fünftel bis ein Sechstel abgezogen worden. Die Vorgänge in der Textilindustrie lassen sich deshalb nicht reiflos durch Währungsfurcht erklären. Es bleibt also nach dem IFR nur die Möglichkeit, daß diejenigen Betriebe in der Textilindustrie, die sich noch im Wirtschaftsprozess befinden und deren ökonomische Lage sich in dem Maße erleichtert, wie die Konkurrenzbetriebe ausfallen, zu einer Erweiterung ihrer Lagerhaltung geschritten sind. „Aus der allgemeinen ökonomischen Situation heraus wäre eine Lagerhaltung allerdings nicht zu erklären. Denn weder der Verlauf des tatsächlichen Absatzes, der im ganzen etwa gleich geblieben ist, noch die Preisbewegung an den Rohstoffmärkten, die bis September 1931 weiter abwärts gerichtet war, noch schließlich die Kreditverknappung konnte Veranlassung zu einer grundsätzlichen Veränderung der Lagerpolitik bieten. Auch hier müssen also Tendenzen außerhalb des normalen Wirtschaftsverlaufs wirksam gewesen sein. Neben den Branchen, denen die erhöhten Käufe des Konsumenten zugute kamen, waren vor allem die ersten Stufen der Textilverarbeitung begünstigt. Industriegruppen, deren Preisgestaltung ausschlaggebend durch ausländische Rohstoffe bestimmt wird. Für den Fall währungsstechnischer Wandlungen bieten diese Industrien die Sicherheit sofort“.

tiger Anpassung ihres Preisniveaus. Lagerausweitung zum Zwecke der Sicherung gegen Währungsfluktuationen erschien hier also sinnvoll. Die Grenzen einer derartig begründeten Kaufbewegung sind einmal bestimmt durch den Grad der Wahrscheinlichkeit gemisser währungspolitischer Maßnahmen. Darüber hinaus muß die Lageranreicherung in dem Augenblick ihr Ende finden, in dem die Kreditverförgung eingeeugt, der Druck auf die Borrathaltung also versträkt wird." Auf der Linie des Gelegten bewegte sich wohl die Furcht, daß Deutschland dem englischen Beispiel der Währungsabwertung folgen würde. Wenn die Kaufwelle nicht in dem Augenblick zum Stillstand kam, in dem Klarheit darüber bestand, daß die deutsche Währungspolitik dem englischen Beispiel nicht folgen würde, so vor allem durch den starken Impuls, den sie im Oktober von der Seite der Rohstoffpreise erhielt. Unter diesen Umständen konnte die Kreditverförgung in Kauf genommen werden, da sie durch Preissteigerung mehr als ausgeglichen wurde. Mengemäßig wurde die Kreditverförgung ja auch kaum eingeschränkt.

Export.

In der starken Exportsteigerung des deutschen Außenhandels ist die Textilindustrie maßgebend beteiligt. Jedoch kommt hier das Konjunkturforschungsinstitut zu der Auffassung, daß die sich daraus ergebenden produktionsstügenden Tendenzen quantitativ von weit geringerer Bedeutung waren. Der mengenmäßige Export an fertigen Waren lag immer noch um eine Kleinigkeit unter Vorjahrshöhe. Besonders der Export von Bekleidung und Seiden- und Kunstseidenzeugnissen konnte seinen nahezu ununterbrochenen Aufstiege fortsetzen. Dabei spielt die Entwicklung der Weltkonjunktur eine Rolle. Die Indexziffer der Welttextilproduktion des Jfr. läßt eine weitere, wenn auch verlangsamte Zunahme des internationalen Produktionsvolumens erkennen. Außer in Frankreich, wo sich der Krisendruck zusehends verschärft, ist in allen wichtigen Textilproduktionsländern bei geringer Lagerhaltung eine stabile oder steigende Erzeugung zu beobachten. Damit hängt zusammen, daß wichtige Absatzmärkte für die deutschen Textilfabrikate relativ aufnahmefähig blieben.

Aussichten.

Man ist geneigt, die Tendenzen, die die bessere Entwicklung in der Textilindustrie bedingen, als zufällig anzusprechen und das Jfr. kommt auch zu der Meinung, daß sie nur wirksam bleiben können, wenn ein Ausgleich der von der Verringerung des Masseneinkommens und der von den Kreditspannungen ausgehenden ungünstigen Kräfte möglich ist. Dafür liegt nach Auffassung des Jfr. keine große Wahrscheinlichkeit vor. Die Prognose des Instituts lautet:

Obwohl die Bewegung der Einzelhandelspreise weiterhin abwärts gerichtet ist und obwohl die Inangriffnahme von Sparreformen noch anhält, wird sich das gegenwärtige Verbrauchsvolumen nicht aufrecht erhalten lassen. Auch die Erweiterung der Lagerhaltung bei Industrie und Handel dürfte sich kaum fortsetzen. Die Kreditverförgung im Inland wird eher eingeeugt werden müssen. Die Preisendenzen auf den Rohstoffmärkten werden zu spekulativen Lagerverlagerungen ebenfalls nicht anregen. Die Rückkehr Englands und der nordischen Staaten von der Goldwährung gefährdet ernstlich die deutsche Fertigwarenausfuhr. Andere wichtige Exportländer, die gleich der deutschen Textilindustrie vom britischen Markt verdrängt werden dürften, werden durch Rückwärtigkeit und handelspolitische Beschränkungen der heimischen Industrie vorübergehenden Verlusten und daher dem deutschen Export wachsende Schwierigkeiten bereiten, so die Schweiz, Holland und Frankreich.

Das Institut hat seine Konjunkturprognose bezüglich der Auffassung, daß die Ereignisse in England zu einer weiteren Verringerung des europäischen Volkseinkommens führen werden, was für diese Verringerung der Exportbedeutung ein großer Faktor im Inlande geachtet werden.

Man ist der Meinung, daß die Konjunkturerholung nicht wieder bei gesunde Wirtschaftsentwicklung zu ihrem Rechte kommen.

Nicht mehr gezögert: Preise herunter!

Die Lebenshaltungskostenbelastung durch Zölle und Kartelle

Eines der stärksten Hemmnisse des Preisabbaues ist die Zollpolitik, die wider alle wirtschaftliche Vernunft aus mehr persönlich-politischen Interessen die Lebenshaltung der breiten Schichten auf übermäßiger Höhe hält. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat nun an den Reichstanzler und eine Reihe von Ministerien eine Materialsammlung über Preisbildung und Preisentlungsmöglichkeiten in der Gesamtwirtschaft gerichtet, in der zahlenmäßige Berechnungen über die Wirkungen der Schutzzölle auf die Lebenshaltung der breiten Massen angegeben sind.

Die Beweisführung der Hauptgemeinschaft hinsichtlich der Senkung der Lebenshaltungskosten im allgemeinen kann nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Die Hauptgemeinschaft stützt ihre Beweise der allgemein-

gesenkten Lebenshaltung auf die Reichsindexziffer.

Diese Reichsindexziffer ist unter den heutigen, völlig veränderten Verhältnissen in ihrer Zusammensetzung nicht mehr allgemein gültig.

Sie kann nicht als wirklicher Maßstab angesehen werden.

Man kann überhaupt einen generell gültigen Lebenshaltungsindex nicht aufstellen. Vor allem trifft die Mietquote im bisherigen Lebenshaltungsindex nicht mehr zu. Die Aufrechterhaltung des Lebenshaltungsindex auf der Vorkriegsgrundlage ist unhaltbar, da ein Vergleich zwischen der Lebenshaltung der Vorkriegszeit und der Gegenwart unmöglich ist. Diese Beweisführung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels trifft daneben.

Agrarzölle für den einzelnen Lebenshaushalt werden durch sehr aufschlußreiche Ermittlungen in der Denkschrift dargelegt. Die folgenden Tabellen geben eine Uebersicht der Preisentwicklung wichtiger Lebensmittel, die

- a) durch Zoll beeinflusst,
- b) durch Zoll nicht beeinflusst sind.

Preisrückgang bei Waren, die durch Zoll beeinflusst sind. (Stichtag 1. Juni.)

Seit 1930 in Proz.	Seit 1929 in Proz.
Mehl, billigt . . . + 3,8	Mehl, billigt . . . + 19,3
Mehl, m. Qual. + 3,4	Mehl, m. Qual. + 17,2
Brot - 1,7	Kristallzucker + 3,1
Schnittmadeln . . . 2,3	Schnittmadeln . . . 4,4
Butter, billigt . . . 2,5	Brot - 1,7
Kristallzucker . . . 3,1	St.-Makkaroni . . . 5,5
Malztaffe 5,7	Hartweizengrieß . . . 3,3
Köstliche, bill. . . 7,7	Malztaffe 8,3
Graupen, grob . . . 10,3	Graupen, grob . . . 10,3
St.-Makkaroni . . . 10,3	Köstliche, bill. . . 14,9
Hartweizengrieß . . 12,1	Butter, billigt . . . 21,6
Eier, billigt 13,8	Eier, billigt 27,2
Erbsen, gelb. 13,8	Reis, billigt 25,0
ungefärbt 13,8	Schweinefett 28,8
Schweinefett 17,8	Erbsen 32,4
Reis, billigt 21,7	Bohnen, weiß 50,0
Bohnen, weiß 32,4	Bohnen, weiß 54,5
Erbsen, billigt . . . 31,4	Gewogener 13,8
Gewogener 9,4	Durchschnitt 13,8

Preisrückgang bei Waren, die durch Zoll nicht beeinflusst sind. (Stichtag 1. Juni.)

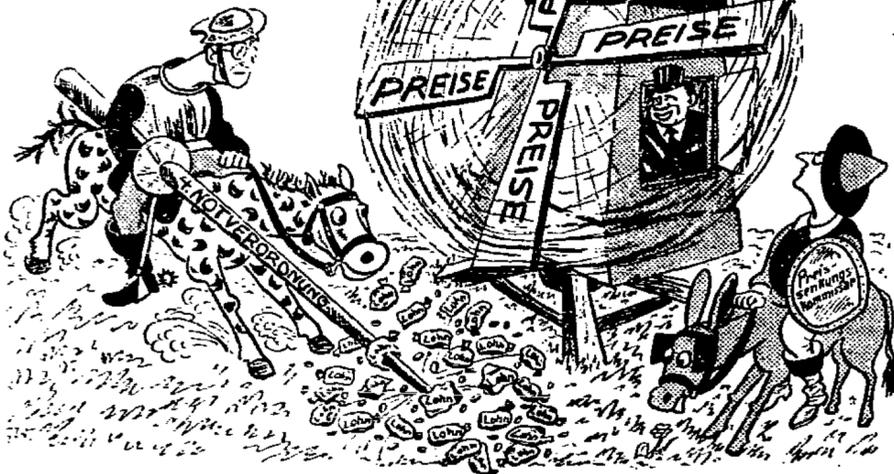
Seit 1930 in Proz.	Seit 1929 in Proz.
Schweiz. Käse 7,3	Milchschokolade . . . 11,9
Limb. Käse 8,0	Holl. Heringe 14,3
Holl. Heringe 11,7	Schweiz. Käse 16,5
Milchschokolade . . 11,9	Kofosnuß 18,0
Edamer Käse 13,9	Getr. Pflaumen 19,0
Kofosnuß 13,8	Edam. Käse 20,5
Gemüseerbsen 14,5	Kernseife 20,9
(1 Dose) 14,5	Margarine 22,2
Mandeln 15,7	Kakao 23,4
Gelb. Kernseife . . . 17,0	Pflaumen 24,0
Bill. Margar. 17,6	Plodwurft 24,2
Cervelatwurft 19,9	Gemüseerbsen 24,3
Kakao 20,5	(1 Dose) 24,3
J. Schnittboh. 21,75	Cervelatwurft 25,7
Plodwurft 22,1	Mandeln 28,4
Leberwurft 22,3	Limb. Käse 29,2
Getr. Pflaum. 22,7	Kofosfett 30,5
Speisefett 33,2	J. Schnittboh. 38,2
Kofosfett 24,1	Speisefett 35,5
Gewogener 17	Gewogener 22
Durchschnitt 17	Durchschnitt 22

Die Zusammenstellung ergibt, daß die Preise von zollbeeinflussten Waren im Juni dieses Jahres gegenüber Juni 1930 um 9,4 Prozent, gegenüber Juni 1929 um 13,8 Proz. zurückgegangen sind. Bei denjenigen Waren hingegen, die nicht dem Zolleinfluss unterliegen, betragen die Preisrückgänge gegenüber 1930 — 17 Proz. und gegenüber 1929 — 22 Proz. Ohne eine Aenderung des Zollschutzes wird eine Preisentkung im Lebensmittelhandel nur sehr schwer durchzuführen sein.

Man wird es dem Einzelhandel nicht verdenken können, wenn er sich in der Denkschrift über die einseitige Aufhebung der Preisbindungen der zweiten Hand (der Einzelhandel meint die Markenartikel) beklagt und auf die Verschiedenheiten in der Preisentwicklung der freien und geregelten Preise hinweist. Die freien Preise sind seit ihrem Höchststand im Mai 1928 bis August 1931 von 109,8 auf 62,0, also um 43,5 Proz. zurückgegangen. Die geregelten Preise hingegen sind bis Ende des Jahres 1929 auf 105,3 gestiegen und seitdem bis August 1931 nur allmählich auf 93,8, also nur um 9,1 Proz. zurückgegangen. Diese Entwicklung der kartellgebundenen Preise steht zu der der Weltmarktpreise in schärfstem Widerspruch. Während der Index für auslandsbestimmte Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren von 135,2 im Monatsdurchschnitt 1928 auf 72,3 im September 1931 gefallen ist, also um 46,5 Proz., sind die inlandsbestimmten Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren in der gleichen Zeit nur um 14,0 Proz. zurückgegangen.

Diese Materialsammlung ist ein Beweis für die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Auffassung, daß zunächst einmal erst die Preise entsprechend gesenkt werden müssen, ehe die Löhne und Gehälter erneuten Herabsetzungen unterzogen werden.

Don Quichotte im Kampf



Die Löhne hätten wir runter - Die Preise sind zu beweglich, da können wir nichts machen

Der Tarifvertrag wird außer Kraft gesetzt

Durch einfache „Bekanntmachung“ der Betriebsleitung

Bei der Firma Kurt P l a j e, Chemnitz, Zweigbetrieb Stallberg i. E., herrschen seit Jahren Verhältnisse, die jeder Beschreibung ipouen. An den Akkordlöhnen, welche während der Hochkonjunktur schon so niedrig gehalten waren, daß diese zum Leben kaum ausreichten, ist wieder ein Lohnraub von 15 bis 31 Proz. vorgenommen worden, ohne den Arbeiterrat darüber gehört zu haben.

Mit einem Federstrich werden die nach dem Tarifvertrag festgelegten Schichtzulagen und die Ueberstundenzuschläge beseitigt. Dadurch wird der für verbindlich erklärte Schiedsspruch einfach außer Kraft gesetzt. Aber gleichzeitig heißt es in dieser famolen Bekanntmachung, die den Lohnabbau ankündigt: „Wenn es vorkommen sollte, einschichtig arbeiten zu müssen, ermäßigen sich die Löhne um die Schichtzulage von 4 Proz.“

Hier scheint es bei dem Verfasser der Bekanntmachung nicht mehr ganz richtig zu hängen; denn wie kann eine Schichtzulage von 4 Proz. in Abzug gebracht werden, wenn überhaupt keine gezahlt werden soll? Sichtlich belagt die nächste Bekanntmachung: „Lohn wird nicht mehr gezahlt, aber dafür hat jeder Arbeiter wöchentlich 4 Mt. müzzubringen.“

Nach der ersten Bekanntmachung wurde der Arbeiterrat vorstellig; diesem erklärte man: „Die Löhne seien doch viel zu hoch, übrigens hätten sie sich schon wieder überholt. Sie müssen so weit herabgesetzt werden, daß die Arbeiter nicht mehr in der Lage sind, die nötigen Lebensmittel zu kaufen, damit diese verkaufen, dann würden die Händler gezwungen sein, mit den Preisen herunterzugehen.“

Also hat uns der Hase im Pfeffer; denn nach diesen Zusprüchen muß die Arbeiterkassiererkarte verhungert sein, bevor die Lebensmittelpreise herabgesetzt werden können.

Wertvoller sind die Darlegungen über die verteuerten Wirkungen der Agrarpolitik. Die Spannungen, die sich infolge der scharfen Absperrung des Inlandes vom Weltmarkt auf den Getreidemärkten zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen herausgebildet haben, werden dargestellt. Der Weltmarktpreis für Weizen ist seit dem Wirtschaftsjahr 1929/30 um 60 Proz. gesunken, gleichzeitig sind die Weizenpreise in Deutschland infolge der scharfen Erhöhung der Zollsätze nur um 12 bis 13 Proz. zurückgegangen. Da trotzdem der Inlandspreis für Weizen zu wiederholten Malen unter den Zollsatz gesunken ist, so beweist dies, daß die Maßstäbe der jetzigen Zollpolitik zu der vorhandenen Kaufkraft in ärgstem Widerspruch stehen. Nicht minder trüb liegen die Verhältnisse bei den Roggenpreisen. Auf dem Weltmarkt erfolgte ein Preissturz von rund 50 Proz. Gleichzeitig aber konnten die Inlandspreise dank der Zollpolitik noch um weitere 6 bis 8 Proz. anziehen. Ein ähnliches Bild zeigen die Zölle für Futtermittel. Die Weltmarktpreise für Gerste gingen seit 1929/30 um etwa 50 Proz. zurück, die Inlandspreise hingegen nur um 8,2 Proz. Die Haferpreise senkten sich auf dem Weltmarkt um 56 Proz., die Inlandspreise dagegen nur um 8,9 Proz. Der Weltmarktpreis für Mais liegt zurzeit um 58 bis 60 Proz. unter dem Preisstand des Jahres 1929/30. Die Preise der Reichsmaisstelle sind seit Juli nur um 6,1 Proz. zurückgegangen. Dabei beträgt der Inlandspreis für Gerste etwa das Dreifache des Weltmarktpreises, bei Hafer etwa das Doppelte, bei Mais fast das Dreieinhalbfache. Während also der Landwirt für die genannten Futtermittel außerordentlich hohe Preise zahlen muß, die um weniger als 10 Proz. unter denen des Wirtschaftsjahres 1929/30 liegen, sind dagegen die Preise für Vieh, die er erzielt, seit 1929 um 37,7 Prozent, die Preise für Viehzugzeugnisse um 24,9 Prozent gesunken.

Die stark preissteigernde Wirkung der

Die Not der Notverordnung

Die Reichsregierung hat ihrer neuen Notverordnung die Entschuldigung mit auf den Weg gegeben, daß sie der Strich unter die bisherige Deflationspolitik sei. Wohl aus dem dumpfen Gefühl heraus, daß diese Deflationspolitik seit langem schon übersteigert ist, wenigstens, soweit die Anforderung an die Massenkraft in Frage kommt.

I. Abgegriffene Formeln

Diese verhängnisvolle Tatsache versucht die Regierung auch diesmal durch ihre abgegriffene Formel, Preise und Löhne zugleich zu senken zu wollen, zu verdecken. Man wolle den Reallohn nicht antasten. Wir wissen, was man von derartigen Versicherungen zu halten hat. Selbst wenn wir der Regierung diese gute Absicht zugestehen wollten, woran wir allerdings nicht denken, ist festzustellen, daß das eben nicht geht. Experimente, wie sie die Regierung auch in ihrer letzten Notverordnung versucht, müssen tödlicher zu Lasten der Kaufkraft gehen.

Wie weit aber will man die Dinge treiben? Theoretisch ist es ja möglich, die Verhältnisse in Deutschland den gesunkenen Rohstoffpreisen auf den Weltmärkten anzupassen. Praktisch bedeutet das Vernichtung unserer Wirtschaft. Theoretisch ist es ebenfalls möglich, einen Ausgleich hinsichtlich der deutschen gegenüber den englischen, durch die Pfundbewertung bestimmten Verhältnisse zu erzielen. Nur daß England, ebenso wie andere Länder, die rein lohnmäßig, aber nicht tatsächlich, billiger als Deutschland arbeiten, jeden Augenblick das tun können, was Deutschland jetzt in seiner Notverordnung getan hat. In Wirklichkeit würden wir die handelspolitischen Auseinandersetzungen in der Welt mit den Lohnkonten führen und die Handelskriege, die sich ja immer schärfer ausprägen, mit Lohndruck, mit Hunger und Elend, mit Aufopferung der Volksgesundheit und Zerfall unserer Binnenwirtschaft bezahlen. Hier zeigen sich die Grenzen jeder Deflationspolitik.

II. Das ungelöste Preisproblem

Die von der Regierung Brüning bisher getriebene Deflationspolitik ist zu guter Letzt am Preisproblem gescheitert. Die Formel, Löhne und Preise zugleich zu senken zu können und zu wollen, hat sich als Unfug erwiesen. Gut, man senkt die Mieten. Dem Preiskommissar, für den man sich den Bürgermeister von Leipzig ausgesucht hat, wird es sicherlich gelingen, auf die Verkehrstarife, auf die Preise von Gas, Wasser und Elektrizität zu drücken. Man hat diesem Mann außerordentliche Vollmachten gegeben. Er kann lebenswichtige Betriebe schließen, wenn es die Preisenkung erfordert.

Im übrigen kann man sich der Einsicht gegenüber nicht mehr verschließen, daß die sogenannten freien Preise, auf die man den Bürgermeister von Leipzig losgelassen hat, bereits auf einem Stand angelangt sind, der im Rahmen der gesamten Preisenkung in Deutschland einen Tiefstand darstellt.

Wenn der Lebenshaltungsindex in Deutschland gegenwärtig unter dem Stand von 1927 liegt, dann ist das den freien Preisen zu danken. Gegenüber der Krise von 1926 sind die freien Preise bis jetzt, also Dezember 1931, um 45 Proz. zurückgegangen, die gebundenen Preise, die Kartellpreise, um 7 Proz. Man wird zugestehen müssen, daß das kein Verhältnis ist, daß die Lage in Deutschland immer wieder daran krankt muß, daß die Industrien von Waren mit freien Preisen gegenüber den Kartellindustrien benachteiligt werden.

Nun hat man, auch als Entgelt für die schamlose Lohnsenkung, den Entschluß gefaßt, die Kartellpreise um 10 Proz. zu senken. Betroffen werden vor allem Eisen, Kohle, Zement, also die großen industriellen Rohstoffe und Halbfabrikate. Das ist kein Ausgleich für Lohnsenkungen. Denn diese Dinge kann man nicht essen. Aber sie können, wenn sie billiger werden, die industrielle Tätigkeit anregen. Wie hat sich dieser Gedanke in der Notverordnung ausgeprägt?

Nur ein kleines Beispiel, das Eisen. In Deutschland kostet das Eisen je Tonne, gemeint ist Stabeisen, 128 Mk. Im Ausland kann man dasselbe Eisen für 60 Mk. haben. Nun klagt die deutsche Maschinenindustrie über zunehmende Konkurrenz des Auslands. Nach den oben angegebenen Preisen kein Wunder. Nun wird der Eisenpreis in Deutschland durch die Notverordnung um 10 Proz. gesenkt. Es kostet 115 Mk.

Daß es hier schwer ist, die Konjunktur anzuregen, versteht sich von selbst.

III. Die falsche Spekulation

Man stellt die Dinge hinsichtlich der Notverordnung immer so dar, als habe die Regierung versucht, zwischen der Auffassung des Unternehmertums und der Auffassung der Arbeiterschaft einen gewissen Ausgleich zu finden. Das Unternehmertum forderte im Wirtschaftsbeirat die Verschlagung der Tarife, Senkung der Löhne weit unter den Stand von 1927 und möglichst auf die Basis Belgiens und der Tschechoslowakei und wollte unter keinen Umständen die Kartellpreise antasten lassen. Die Gewerkschaften verlangten Abbau der Kartellpreise und lehnten jede Lohnreduzierung ab. Die von der Regierung versuchte Synthese, ihr Ausgleich zwischen den beiden Auffassungen soll nun darin bestehen, daß nur ein einmaliger Eingriff in das Tarifrecht stattfindet, die Löhne auf den Stand von 1927 zurückgeführt werden und die Kartellpreise eine Senkung um 10 Proz. erfahren.

Wenn die Regierung wirklich eine Synthese versucht haben sollte, dann ist die Synthese ausschließlich zugunsten des Unternehmertums ausgefallen. Wir haben das bereits an den Kartellpreisen nachgewiesen. Wir müssen auch gestehen, daß wir den Eindruck haben, daß die Synthese in dieser unglücklichen Form von der Regierung gewollt ist. Ihr liegt eine ganz bestimmte kapitalistische Spekulation zugrunde.

Als man daran ging, die Grundlagen des Wirtschaftsprogramms, das die Regierung jetzt veröffentlicht hat, zu umreißen, fixierte man das Ziel dahin, die Wirtschaft anregen zu wollen, um die Arbeitslosenheere zu verringern und die Fabriksäle zu bevölkern. So hat es wohl in der Botchaft des Reichspräsidenten gestanden. Aus dieser Botchaft ist die primitive Methode geworden, wohl die Löhne zu senken, aber nicht die Preise.

Bei den Preisen tut man so, als ob man täte. Bei den Löhnen senkt man wirklich.

Politische Wochenschau

Brüning gegen Hitler

Der Reichszugler Dr. Brüning hat vor dem deutschen Rundfunk eine Rede gehalten, in der er zuerst die neue Notverordnung begründete und sich dann gegen Hitler wandte. Er erklärte, daß der Reichspräsident und die Reichsregierung mit unerbittlicher Strenge, notfalls unter Verhängung des Ausnahmezustandes, die Machtmittel des Staates gegen alle einsetzen würden, die mit Gewalt die Verfassung stürzen wollten. Der Parteiführer der Nationalsozialisten betone zwar die „legalen“ Wege seiner politischen Absichten, in grellem Kontrast dazu aber ständen die Beteuerungen anderer Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern.

Württembergische Gemeindevahlen

In Württemberg sind für den größeren Teil der Gemeinden Neuwahlen vorgenommen worden. Trotzdem die Nationalsozialisten die größten Anstrengungen gemacht hatten, sind ihre Erfolge weit hinter den hochgepannten Erwartungen zurückgeblieben. In Stuttgart, der Hauptstadt des Landes, haben sie es mit riesigem Aufwand an Geldmitteln und „Führer“-Reden auf 21 Prozent der abgegebenen Stimmen gebracht. In anderen Städten war ihr Gewinn bescheidener. In Ulm steigen ihre Stimmen seit der Reichstagswahl von 7607 auf 8838, in Heilbronn von 2058 auf 3766. In den kleineren Orten haben sie weit schlechter abgeschnitten. Bemerkenswert ist es, daß die Haltenkreuzler ihren Gewinn auch diesmal lediglich auf Kosten der bürgerlichen Parteien erzielen konnten. Der Einbruch in die margistische Front ist ihnen auch diesmal nicht gelungen, trotz aller Großsprecherien sind sie weit hinter der Mehrheit zurückgeblieben. Die Sozialdemokratie hat zugunsten der Kommunisten Stimmenverluste erlitten, ihre Stellung als stärkste Partei des Landes ist aber nicht erschüttert worden. Im Zusammenhang damit muß eine Ergänzungswahl für das Bezirksamt Leuzkirch

Mit voller Absicht. Man will durch Ermäßigung der Löhne und Beibehaltung eines hohen Preisstandes die Profitquote vergrößern, erhöhen. Man will die Rendite steigern. Man will die Unternehmertätigkeit, die sich der Gefahren der Krise wegen nicht mehr herausmagt, durch hohen Gewinnreiz wecken. Wir müssen gestehen, daß das kapitalistisch richtig gedacht ist. Aber wir vernichten dabei den Sinn für die tatsächlichen Verhältnisse.

IV. Ausweg

Die Anturbelung der deutschen Wirtschaft darf nicht von einer Vergrößerung der Profitquote, sondern muß von einer Vergrößerung der Kaufkraft abhängig gemacht werden. Sie ist organisch mit einem hohen Lohnstand verknüpft. Deshalb ist die in der Notverordnung bestimmte Lohnkürzung wirtschaftlicher Unfug und Unsinn. Wir müssen zu einer Verständigung mit dem Auslande kommen, ehe wir in einen zweiten Ruhrkrieg schlüßern. Wir müssen vor allem die Verständigung mit Frankreich suchen, einmal um die Unsicherheit der außenpolitischen Verhandlungen, Reparationen und Stillhalteabkommen auszuschalten, des andern, um unsere Wirtschaft mit dem notwendigen Kredit zu versorgen. Um dieses Programm wird die Arbeiterschaft in den nächsten Wochen und Monaten kämpfen müssen. Die Notverordnung ist ein Unding. Ein wirtschaftspolitisch ungeheuer, verhängnisvoll und bedenklich.

Aber es hat keinen Zweck, daß die Arbeiterschaft resigniert, wie das die italienische Arbeiterchaft leider vor zehn Jahren getan hat. Die Arbeiterschaft darf den Kampfplatz nicht verlassen, bevor die Entscheidungsschlacht geschlagen ist. Wenn sich die Arbeiterschaft jetzt in der Not den Notverordnungen, die automatisch zu einer Umstellung führen muß, geschlagen bekennt, ehe sie geschlagen hat, überläßt sie den Kampf um die Zukunft ihren Gegnern. Und das darf nicht sein. Eine Arbeiterschaft, die das erfährt hat, wird jeder Regierung die innere Kraft geben, die notwendigen außenpolitischen Konsequenzen zu ziehen, den Reparationskampf, der vor gut einem Jahre mit der Zollunion begann, zu liquidieren. Sie wird ein Wall sein gegen die rechtsradikalen Hindernisse im Lande.

im Frankenwald erwähnt werden. Hier erhielten die Sozialdemokratie 1548 Stimmen (14. September 1930: 1674), Kommunisten 447 (460), Nazis 1051 (1146), Bayerische Volkspartei 446 (867). Bei etwas geringerer Wahlbeteiligung haben also die Haltenkreuzler einen starken Stimmenverlust zu verzeichnen. Ein Zeichen dafür, wie man sie einschätzt, wo sie, wie in Bayern, schon längere Zeit bekannt sind.

Bis an die Knöchel im Blut!

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Straßer, eine der führenden Persönlichkeiten seiner Partei, hat in Stuttgart auseinandergesetzt, wie es sein werde, wenn die Haltenkreuzler zur Herrschaft kommen sollten. Wer nicht gehorcht werde sehen, was mit ihm geschehe. Margisten und demokratische Republikaner würde es nicht mehr geben. Wenn die Nazis regieren, so komme der Endkampf, „und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen“. Hinterher verkündete Herr Straßer noch, daß eine Verständigung mit Frankreich Wahnsinn sei. „Es gibt nur Krieg mit Frankreich.“ Diese Erklärungen sehen die Worte hoch fort, die von den Naziführern ununterbrochen gepredigt wird. Der Abgeordnete Jenke verkündete in einer badischen Versammlung, daß alle die, „die mit Dredfau, Dredhund, Schweinigel usw. tituliert werden“, baumeln sollen. Und wörtlich geht es weiter: „Es sollen ihnen nur die Jungen raushängen, und die Stricke müssen dick und stark sein, daß sie zum abschreckenden Beispiel auf lange Zeit hängen bleiben — die Körper sollen nicht verfaulen, sondern ausdörren.“ Herr Dr. Fried, ehemaliger Naziminister in Thüringen, hat am 30. Oktober in Frankfurt a. M. erklärt, daß die Nationalsozialisten 24 Stunden nach ihrer Machtergreifung den Margismus mit Stumpf und Stiel ausrotten würden, „wobei natürlich einige Zehntausende von margistischen Funktionären zu Schaden kommen werden“. Es liegen Dutzende von Verurteilungen anderer Naziführer vor, in denen gleichfalls zu Gewalt, Terror und blutigem Mord aufgerufen wird. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung diesem Skandal ein Ende macht.

STREIFZUGE DURCH DIE SOZIALVERSICHERUNG

Das Hausgeld für Arbeitslose.

Durch die sich überstürzenden Notverordnungen und die dadurch hervorgerufenen Änderungen der Sozialversicherungsgehalte ist eine so unklare und unübersichtliche Rechtslage geschaffen, wie sie noch nie bestanden hat. Kein Mensch kann sich über den jeweils geltenden Rechtszustand ein klares Bild machen. Ja, die Lage ist heute so verworren, daß vielfach nicht einmal Versicherungsträger und Versicherungsbehörden eine einwandfreie Auskunft geben können.

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung haben die Krankenkassen einen Versicherten dann ein sogenanntes Hausgeld zu zahlen, wenn er in einer geschlossenen Anstalt untergebracht ist. Voraussetzung ist jedoch, daß der Versicherte vorher Angehöriger ganz oder überwiegend unterhalten hat. Das Hausgeld wird in halber Höhe des Krankengeldes gezahlt. Den Kassen ist es gestattet, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen. Diese Bestimmungen gelten auch für die gegen Krankheit Versicherten Arbeitslosen. Da diesen ein Krankengeld in Höhe ihrer Arbeitslosenunterstützung zusteht, so erhalten sie gegebenenfalls ein Hausgeld im Betrage des halben Krankengeldes oder des halben Unterstützungsbetrages. Haben die Kassen sachgemäß ein höheres Hausgeld eingeführt, so steht dies selbstverständlich auch den Arbeitslosen zu. Fraglich und strittig war bis jetzt die Frage, ob bei der Berechnung des Hausgeldes für Arbeitslose nur die Hauptunterstützung zugrunde zu legen ist, oder ob auch die gezahlten Familienzuschläge mit in Ansatz zu bringen sind. In diese Streitfrage bringt ein Bescheid des Reichsversicherungsamtes vom 3. Juli 1931 Klarheit, in dem es heißt: „Nach § 186 der Reichsversicherungsordnung beträgt das Hausgeld das halbe Krankengeld. Als Krankengeld wird nach § 120 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes derjenige Betrag gewährt, den der Arbeitslose nach den §§ 107 und 108 deselben Gesetzes als Arbeitslosenunterstützung erhielt, wenn er nicht erkrankt wäre. Zu diesen Bezügen gehört auch der Familienzuschlag nach § 107 Abs. 2 des Gesetzes.“ Die Frage ist somit zugunsten der Versicherten geklärt. Der Wortlaut des Bescheides ist wohl so klar und verständlich, daß sich weitere Erörterungen erübrigen. In dem Bescheid heißt es nun weiter: „Ob im übrigen dem erkrankten Arbeitslosen noch etwaige sachgemäße Zuschläge mit Rücksicht auf Angehörige zum Hausgeld anzurechnen sind, ist zweifelhaft und muß der Entscheidung im Rechtszuge vorbehalten bleiben.“ Diese Frage ist also durch den Bescheid nicht geklärt. Betrachtet man die Sache vom reinen Rechtsstandpunkt, so müssen dem Arbeitslosen auch die in der Kassenfassung etwa vorgesehenen Zuschläge zum Hausgeld zuzurechnen. Sofern dies nicht geschieht, würde dies einer unterschiedlichen Behandlung von Kassenmitgliedern gleichkommen. Eine solche ist jedoch sowohl nach dem Gesetz als auch nach der bisherigen Rechtsprechung unstatthaft. A—5.

Verhandlungen in Basel

Der Sonderausschuß der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat seine Beratungen in Basel begonnen. Trotzdem die eigentlichen Entscheidungen erst auf der internationalen Konferenz fallen werden, die der Ausschlußfolge folgen soll, ist es doch hier schon zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Der deutsche Delegierte Melchior hat dem Ausschuss eine Denkschrift über die Finanzlage Deutschlands überreicht, die etwa 100 Seiten umfaßt. Es hat den Anschein, als ob die Mehrheit des Komitees die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nur auf Grund des Young-Plans prüfen will. Es würde sich dabei nur um die Frage der Reparationen, also der politischen Schulden, handeln, nicht aber um die weit wichtigere Frage, wie die Neuregelung der langfristigen und kurzfristigen Anleiheverschuldung erfolgen soll.

Englisch-französische Gegensätze

Durch die Aufgabe der Goldwährung, den darauffolgenden Sturz des Pfundes und die von der englischen Regierung angekündigte Erhöhung der Industriezölle hat sich die politische Stellung Englands gegenüber einer Reihe anderer Länder wesentlich verschlechtert. Von den englischen Maßnahmen wird Frankreich am härtesten betroffen. Das französische Kapital erleidet außerordentlich hohe Verluste durch den Sturz der Pfundwährung, die drohenden Zollerhöhungen schaffen für eine Reihe französischer Industrien, die ihre Erzeugnisse vorwiegend nach England verkaufen, eine sehr schwierige Lage. Die handelspolitische Situation zwischen England und Frankreich hat sich infolgedessen zugespitzt, man spricht bereits von einem englisch-französischen Zollkrieg. Diese Entwicklung muß auch auf Deutschland sehr ungünstig wirken.

Rohvermögen, Reinvermögen und Schulden in der Textilindustrie

Nach dem Reichsbewertungsgesetz findet alle drei Jahre eine Feststellung der Vermögenswerte statt, die die gewerblichen Betriebe darstellen, und die ermittelten Werte sind dann der Besteuerung in Reich, Ländern und Gemeinden einheitlich zugrunde zu legen (Einheitswerte). Von der Vermögensbesteuerung unterscheidet sich das dabei eingeschlagene Verfahren insofern, als die Einheitswerte durch Abzug der Schulden vom rohen Betriebsvermögen ermittelt werden. Entsprechend diesem Bewertungsvorgang gibt die Statistik der Einheitswerte Aufschluß über die rohen Betriebsvermögen, die fremden Mittel, die darin arbeiten, und schließlich die eigenen Mittel der Betriebsinhaber, also ihre Reinvermögen. Stellt man nun diese Werte für die Textilindustrie zusammen, so erhält man ein in dieser Vollständigkeit einzigartiges Bild, sowohl von dem ganzen in ihr investierten Kapital wie von der Zusammensetzung dieses Kapitals in bezug auf die Eigentümer.

Die erste Einheitsbewertung erstreckt sich in ihrer steuerlichen Gültigkeit über die Jahre 1925 bis 1927, und die zweite, deren statistische Ergebnisse kürzlich erschienen sind, über die Jahre 1928 bis 1930. In der Textilindustrie wurden Einheitswerte für 22552 Betriebe ermittelt, deren Rohvermögen sich auf 6050 Millionen stellte. Mit diesem Rohvermögen steht die Textilindustrie an der Spitze aller Wirtschaftszweige, und das in ihr angelegte Kapital stellt 5 Proz. des gesamten in Gewerbebetrieben angelegten Kapitals dar, soweit es von der Einheitsbewertung ermittelt wurde. In einer einzigen Beziehung berichtet die Statistik der Einheitswerte über die Zusammensetzung des Rohvermögens, nämlich bezüglich der Grundstücke. In der Textilindustrie sind mehr als 13000 Betriebe mit Grundstücken versehen. Der Wert dieser Grundstücke beträgt annähernd 1300 Millionen, so daß fast 20 Proz. des rohen Betriebsvermögens auf Betriebsgrundstücke entfallen. Die restlichen 80 Proz. kommen auf die bilanzmäßigen Posten, also insbesondere Inventar, Rohstoffe und Lager und flüssige Mittel.

Von größerem Interesse ist die Feststellung des Anteils der fremden Mittel, und zwar ist diese Feststellung ganz besonders für die Gegenwart erwünscht; denn der Prozentsatz der fremden Mittel, die in einer Industrie arbeiten, ist bei der gegenwärtigen Deflationsbewegung mehr oder minder entscheidend für ihre Rentabilität. In der Textilindustrie arbeitete von jeher viel fremdes Geld, und ein großer Teil der Neuaufschaffungen, die nach der Stabilisierung gemacht werden mußten, wurde bekanntlich mit fremden Mitteln gemacht. Nun muß man allerdings in Betracht ziehen, daß sich die wirtschaftlich günstigen Jahre 1928 und 1929 in den hier angegebenen Verschuldungszahlen nur in geringem Umfange auswirken, so daß das Bild etwas trüber erscheint, als es in Wirklichkeit ist. In der Textilindustrie arbeiteten 13720 Betriebe, Gas sind fast 61 Proz. aller, mit fremdem Gelde. Die fremden Mittel in Höhe von 3,1 Milliarden belaufen sich auf 47,3 Proz. des ganzen Rohvermögens.

Bringt man die Schulden vom Rohvermögen in Abzug, so erhält man das Reinvermögen der Betriebsinhaber. Es stellt sich auf 3535 Millionen Mark. Tatsächlich liegt es etwas höher; denn es sind heute (1931) sogenannte überschuldete Betriebe etabliert, die das Reinvermögen der anderen Betriebe um den Betrag ihrer Verschuldung in Höhe von insgesamt 34,6 Millionen herabmindern. Diese überschuldeten Betriebe sind bei der ersten Einheitsbewertung noch nicht statistisch erfaßt worden. Man versteht darunter Betriebe, deren gewerbliches Vermögen allein ein Defizit aufweist, das aber durch Vermögen anderer Art (z. B. Grundstücke oder Kapitalvermögen) soweit ergänzt wird, daß das Vermögen des Betriebsinhabers, als Ganzes genommen, immer noch von Interesse für die Vermögensbesteuerung ist. Betriebe, deren Inhaber weniger als 5000 Mk. Reinvermögen besitzen, erscheinen im allgemeinen nicht mehr in dieser Statistik. Das gewerbliche Vermögen allein kann aber geringer sein als 5000 Mk., wenn es durch Vermögen anderer Art ergänzt wird. In der Textilindustrie liegen übrigens die Durchschnittswerte mit 20000 Mk. Einheitswert

pro Betrieb, verglichen mit vielen anderen Wirtschaftszweigen, verhältnismäßig hoch. Von besonderem Interesse mag es sein, die vorliegenden Ergebnisse der zweiten Einheitsbewertung mit den ersten Einheitswerten zu vergleichen und die sich darin ausdrückende Entwicklung zu beobachten. Die Zahl der Betriebe, die die Statistik erfaßt, hat sich um etwa 5 Proz. gesteigert, und zwar dadurch, daß bei der zweiten Einheitsbewertung Betriebsinhaber vermögenssteuerpflichtig wurden, die es bei der ersten noch nicht waren, daß sie also in die steuerpflichtige Grenze hineingewachsen sind. Die Betriebsvermögen, also die rohen Vermögen, haben sich gesteigert von 4847 Millionen auf 6322, also um fast 1 1/2 Milliarden hat sich das in der Textilindustrie arbeitende Kapital vergrößert. Die Frage stellt sich, ob diese Kapitalerweiterung und in welchem Umfange sie durch Aufnahme fremder Mittel bewirkt worden ist. Diese Frage muß sich aus der Statistik beantworten lassen, da sie ja über die Entwicklung der fremden und der eigenen Mittel Aufschluß gibt. Es versteht sich ohne weiteres, daß bei der zweiten Einheitsbewertung mehr Betriebe mit fremden Mitteln arbeiten als bei der ersten, und in der Tat hat sich die Zahl dieser Betriebe von 10374 auf 12675 erhöht. Bei der ersten Einheitsbewertung bereits verzeichnete die Textilindustrie fremde Mittel in Höhe von 1916 Millionen Mark, so daß auf 100 Mk. Betriebskapital fast 40 Mk. an fremden Mitteln kamen. Zwischen der ersten und der zweiten Einheitsbewertung hat die Textilindustrie über eine Milliarde fremdes Geld aufgenommen. Die fremden Mittel steigerten sich um fast 53 Proz. und beliefen sich bei der zweiten Einheitsbewertung auf 2931 Millionen Mark. Da die Ausweitung des Rohkapitals aber fast 1 1/2 Milliarden beträgt, ist annähernd eine halbe Milliarde der neuen Anlagen nicht mit fremden Mitteln bestritten worden, sondern mit den eigenen der Betriebsinhaber. Um diesen Betrag also müssen sich die Reinvermögen der Betriebsinhaber, d. h. die Einheitswerte, gesteigert haben. Tatsächlich ergibt sich aus einem Vergleich der Einheitswerte, daß die Vermögen der Betriebsinhaber um etwa 460 Millionen gestiegen sind. In Prozenten ausgedrückt, beträgt diese Steigerung 14,70, womit sie etwas höher liegt als der Durchschnitt der

Steigerung aller Einheitswerte, der sich auf 14,38 Proz. beläuft.

In allen Teilen des Reiches ist die hier geschilderte Entwicklung natürlich nicht die gleiche gewesen. Insbesondere bestehen in der Entwicklung der Textilindustrie in den Großstädten vielfach sehr starke Unterschiede, sowohl in der Ausweitung der Rohvermögen, mit anderen Worten, des investierten Kapitals, wie in der Entwicklung der fremden Mittel im Verhältnis zu den eigenen. Beispielsweise ist in Berlin die Erweiterung des rohen Vermögens vollständig auf Kosten fremden Kapitals getätigt worden, in anderen Städten sind dagegen die Reinvermögen der Betriebsinhaber wieder stark gestiegen, und teilweise konnten die fremden Mittel sogar verringert werden. Besonders günstig scheint die Textilindustrie in Augsburg gearbeitet zu haben, wo sich die Summe der Einheitswerte von 70,7 Millionen auf 92,7 Millionen Mark gesteigert hat, desgleichen in Barmen (Steigerung von 57,8 auf 97 Millionen). In Chemnitz stellt sich das Rohvermögen bei der ersten Einheitsbewertung auf 148 Millionen Mark, und die Reinvermögen der Betriebsinhaber steigen von 98 auf 130 Millionen. In der Elberfelder Textilindustrie ist eine ganz auffällige Steigerung zu beobachten, denn das Rohvermögen stellte sich bei der ersten Einheitsbewertung auf nur 87,4 Millionen und das Reinvermögen der Betriebsinhaber auf 53,3 Millionen. Die folgende Aufstellung gibt einen Ueberblick über die Ergebnisse der zweiten Einheitsbewertung (1928 bis 1930) in den Großstädten, in denen das Rohvermögen der Textilindustrie größer ist als 100 Millionen Mark.

	Werte in Millionen Mk.				Einheitswert Betrag
	Zahl der Betriebe	Rohvermögen Betrag	Zahl der Betriebe	Schulden Betrag	
Elberfeld . . .	249	275,4	159	145,6	129,7
Chemnitz . . .	578	249,1	478	119,1	130
Berlin	575	230	395	126	104
Barmen	682	190,5	483	93,5	97
Krefeld	182	132,2	147	72,2	59,9
Leipzig	127	128,7	88	59,7	69
Augsburg	42	121,3	29	28,5	92,8
M.-Gladbach . . .	186	120,7	162	59,7	60,9

Vom gesamten in der Textilindustrie investierten Kapital entfallen rund 3 Milliarden auf Preußen, 1860 Millionen Mark auf Sachsen, etwas mehr als eine halbe Milliarde auf Bayern und 480 Millionen auf Württemberg. Der Zahl der Betriebe nach steht Sachsen mit 10 223 Betrieben bei weitem an der Spitze.

Teppichweberei im Geraer Bezirk Produktionstechnische Umstellung — Auch hier verpesten gelbe Sumpfpflanzen die Atmosphäre

Gute Konjunktur der Teppichbranche im Bezirk Gera.

R. R. Im Gegensatz zu der fast trostlosen Lage der übrigen Textilindustrie im Geraer Bezirk, wo ein Betrieb nach dem anderen seine Pforten schließt, ist die Teppichbranche gut beschäftigt. Es wird mit geringen Ausnahmen, fast überall in zwei, auch drei Schichten gearbeitet. Seit Kriegsende gab es hier — ab und zu mit kurzen Unterbrechungen — immer gute Konjunkturen. 1914 zählte man in den Orten Gera, Münchenbernsdorf und Weida 11 Betriebe mit 500 Webstühlen und 1000 Beschäftigten. Gegenwärtig sind mit Einschluß einer Teppichweberei in Triptis und einer kleinen Strangtärberlei 12 Betriebe vorhanden. Die Zahl der Beschäftigten hat sich mehr als verdoppelt und beträgt gegen 2000. Den stärksten Anschwung hat Münchenbernsdorf. Als ganz hervorragender Artikel kommt der Bruch-Teppich und -Läufer in Frage, ein Haagerartikel, der im Gegensatz zu anderen Teppicharten keine das Feld behauptet, während die leichteren Qualitäten, wie Junläufer und -teppiche wenig begehrt sind. Trotz des billigen Standes der Junläufer ist die Konkurrenz der besten Schichten. Der Export an Junteppichen, der vor 10 Jahren sehr enorm war und meistens nach den Oststaaten ging, ist infolge zollpolitischer Verhältnisse nicht mehr möglich. Die Betriebe mußten sich umstellen. An Webstühlen kam der Schönherische Teppichwebstuhl mit Holstein-Jacquardmaschine in Betracht. Erforderlich war die Aufstellung neuer und besserer Ausrüstungsmaschinen. In der meisten Betrieben erfolgte die vollständige betriebliche Umstellung, wie Anschaffung neuer Strangtärber, Trockengeräte, Liebhagen zum Einzelmotorantrieb, Anschaffung von Kraftwagen

usw. Ja, eine Firma errichtete sogar ein eigenes Atelier.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Teppichbarone in den letzten Jahren viel Geld verdient haben. Seit mehreren Monaten ist nun unter den Fabrikanten ein wütender Konkurrenzkampf entbrannt. Der Linoleumteppich ist heute teurer als ein Boucléteppich. Die Ursache hierzu dürfte zum Teil in der Tatsache liegen, daß man auch in anderen Orten (Plüschteppiche, Axminster usw. haben seit langer Zeit schlechten Geschäftsgang) sich der Herstellung von Boucléteppichen und -läufern widmet. Im besonderen zeigt sich, daß auch Kleinbetriebe konkurrenzfähig sind. Kein Wunder, wenn man bei diesem Konkurrenzkampf, um die Gestehungskosten zu mindern, zuerst an Löhnen und Gehältern sparen will. Die Akkordlöhne sind gegenwärtig den Vorkriegslöhnen angeglichen. Gab es damals für den Weblohn eines 124 Teppich bei 28 Rutendichte 1,70 Mk., so heute 1,72 Mk. Das Arbeitstempo ist auf das höchste gesteigert worden. Bei weiterer Senkung der Akkordlöhne dürfte der Zeitpunkt eingetreten sein, wo für den Akkordarbeiter jeder Anreiz zum Schaffen verlorengeht. Durch einen verlorenen Streik und der Gründung der Werkvereine war der Widerstand der Arbeiter gegen Lohnabbau geschwächt. Doch der Punkt ist erreicht, wo selbst die Werkverfeiner zu maulen beginnen. Alles das wegzunehmen, was einst der Textilarbeiterverband erkämpft hatte, konnten die Arbeitgeber selbst den Werkverfeinern nicht zumuten. In den zwei größten Betrieben hat heute der Werkverein noch festen Sitz, vor allem durch die Unterstützung der Betriebsinhaber. Zwar leugnet man es offiziell, aber im geheimen werden die Angestellten beauftragt, für das Bühnen- und Gedeihen dieser Sumpfpflanze Sorge zu tragen.

Nun, auch hier wird es wieder einmal anders werden!

Frühwinter belebt die Konfektion

Beträchtliche Nachordres auf warme Sachen — Mittelqualitäten im Vordergrund — Oktober nur 10 Proz. unter Vorjahr

Das plötzliche Auftreten winterlicher Temperaturen hat in sämtlichen Gewerben der deutschen Konfektion eine nennenswerte Geschäftsbelebung zur Folge gehabt. Bemerkenswert ist hierbei, daß es sich fast ausschließlich um kurzfristige Aufträge handelt, eine Tatsache, aus der besonders klar hervorgeht, wie dringend der Einzelhandel die Ware benötigt. In der Tat hat sich der lange zurückgehaltene Bedarf des Publikums in letzter Zeit teilweise ausgewirkt und auch gegenwärtig ist noch eine ziemlich rege Verkaufstätigkeit zu verzeichnen.

In der Mäntel-Engroskonfektion werden vor allem Velourmäntel in den Modifarben marine und schwarz gefragt. In diesem Artikel erweisen sich alle Qualitäten mit Ausnahme der teuersten und billigsten Preislagen als gangbar. Da die Häuser der Konfektion keinerlei nennenswerte Bestände an Stoffen und Fertigfabrikaten zur Verfügung haben, dürfte es bei der gegenwärtigen Ansammlung von kurzfristigen Ordres kaum möglich sein, allen Wünschen zur Zeit gerecht zu werden, zumal der Einzelhandel nur in geringem Umfange disponiert hatte.

Die Nachfrage in der Kleiderkonfektion erstreckt sich vor allem auf Woll- und Trikotsachen. Auch hier dominieren mittlere Preislagen, wobei sich das Hauptgeschäft zwischen 40 und 45 Mk. im Einkauf bewegt und 50 Mk. die oberste Preisgrenze darstellt.

Sehr günstig hat sich die Saison in der Herrenkonfektion entwickelt. Das Geschäft mit Ulsterpaletots, das um die Septembermitte begonnen hatte, steht gegenwärtig auf dem Höhepunkt und der Eingang von kurzfristigen Nachbestellungen ist recht beträchtlich. Im Einzelhandel wird ziemlich rege gekauft, so daß sich die vorhandenen Bestände kaum als ausreichend erweisen. Hier liegt das Hauptkontingent der Nachfrage in den Preislagen zwischen 30 und 45 Mk. im Einkauf. Daneben hat sich aber auch das Anzuggeschäft etwas angelassen, wobei vor allem einreihige, schwarze Kammgarnware mit feinen weißen Streifen begehrt wird. Wichtigste Verkaufspreislagen sind 40 Mk. und 50 Mk.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 20. Dezemb., ist der Beitrag für die 51. Woche fällig

Achtung! Achtung!

Einsendung der Statistikkarten für den Monat Dezember betreffend.

Stichtag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonnabend, der 19. Dezember 1931. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert, an uns einzufenden.

Zu berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterbestand keinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einsendung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Dezemberbericht für die Marktentwicklung von allen Ortsverwaltungen bis zum 7. Januar 1932 einzufenden ist. Der Vorstand.

Verlorene Mitgliedsbücher

Die Ortsverwaltung Schlottheim teilt mit, daß das Mitgliedsbuch Nr. 87520 für das Mitglied Hermann Weiß, geboren am 24. 9. 1870, eingetreten in den Verband am 10. 11. 1918, verlorengegangen ist. Das Mitgliedsbuch wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte es irgendwo vorgelegt werden, dann bitten wir, es an den Hauptvorstand zu senden.

Unserem Kollegen Friedrich Weiß, Eisenach, jetzt wohnhaft Stedtfelder Str. 65, ist sein Mitgliedsbuch, Stammmummer 619553, Eintrittsdatum 15. August 1913, abhanden gekommen.

Es wird gebeten, das Buch, wird es gefunden, an die Filiale Eisenach, Katharinenstr. 147, einzufenden.

Für den Vorstand: gez. Karl Schrader.

Adressänderungen

Gau Hannover. Hamburg: Frauböje ist zu streichen.

Gau Kassel. Eisenach: V. Friedrich Weiß wohnt jetzt Stedtfelder Str. 65. Revisor Schagen. Berlin D 34. Remeler Str. 8.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Grefel in Berlin. — Verleger: Karl Schradt in Berlin. Bismarckstr. 89. — Druck: Sorwaris Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Die neue Notverordnung

Preis- und Zinsentung.

Die Preise der kartellierten Industrien auf den Gebieten der Eisenwirtschaft, der Eisen- und Metallbearbeitung, Baustoffe, Chemie, Papier, Glas, Keramik- und Textilwirtschaft sowie der Wirtschaft der künstlichen Düngemittel sollen bis zum 1. Januar 1932 um 10 Proz. gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 gesenkt werden. Das gleiche soll mit den Preisen für Markenwaren geschehen. In der Kohlen- und Kaliwirtschaft werden die Preise ebenfalls um 10 Proz. ermäßigt.

Der Zinssatz von öffentlichen Anleihen, Pfandbriefen, Hypotheken, Schuldverschreibungen und Obligationen von Aktiengesellschaften werden, wenn sie mehr als 6 Proz. betragen, um ein Viertel herabgesetzt; soweit der Zinssatz mehr als 12 Proz. beträgt, wird der 12 Proz. übersteigende Teil des Zinssatzes um die Hälfte gesenkt.

Wohnungswirtschaft und Mietenentung.

Die Hauszinssteuer wird am 1. April 1935 und 1937 um je ein Viertel gesenkt, vom 1. April 1940 ab soll sie überhaupt nicht mehr erhoben werden. Die Hausbesitzer erhalten das Recht, die Hauszinssteuer durch Zahlung eines einmaligen Betrages abzulösen.

Die Mieten für Altmwohnungen, also für Wohnungen in solchen Häusern, die bis zum 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, werden um 10 Proz. der Friedensmiete gesenkt. Umgerechnet auf die jetzige Miethöhe beträgt die Senkung etwa 7 1/2 Proz. Die Mieten der Neubauwohnungen sollen um den Betrag gesenkt werden, um den die laufende Belastung des Grundstücks durch die Zinsentung ermäßigt wird. Wie hoch die Senkung der Mieten in Neubauwohnungen sein wird, läßt sich allgemein noch nicht feststellen, da die hypothetischen Verhältnisse sehr ungleich sind.

Um eine wirksame Mietentung zu erreichen, wird jedem Mieter, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Altbau- oder Neubauwohnungen, um Wohnungen oder Geschäftsräume handelt, das Recht gegeben, einen vor dem 15. Juli 1931 geschlossenen, über den 31. März 1932 hinauslaufenden Mietvertrag vorzeitig am 5. Januar 1932 zu kündigen. Das Kündigungsrecht wird ausgeschlossen, wenn der Hauseigentümer bis Ende 1931 den Mietpreis um mindestens 20 Proz. gesenkt oder wenn er auf besonderen Wunsch des Mieters kostspielige Um- und Ausbauten der Räume vorgenommen hat.

Die Mieterzuschussegebung soll jetzt in beschleunigtem Maße abgebaut werden.

Andere wirtschaftliche Maßnahmen.

Die Notverordnung bringt weiter Erleichterungen auf dem Gebiete der Zwangs-

vollstreckung zugunsten des Schuldners. Sie werden im wesentlichen der Landwirtschaft zugute kommen.

Für die Aufteilung von Gesellschaften und Trennung von Betrieben werden steuerliche Erleichterungen gewährt.

Das Mineralwassersteuergesetz wird für die Jahre 1932 und 1933 außer Kraft gesetzt.

Für Zweite der Rationalisierung des gewerblichen Genossenschaftswesens sind 20 Millionen Mark bewilligt worden.

Neben den bisherigen Geldstücken werden künftig auch Bierpfennigstücke ausgeprägt. Die Regierung erhofft von dieser Maßnahme die Rückkehr zur „Pfennigrechnung“ im Einzelhandel.

Sozialversicherung und Fürsorge.

Bei der Krankenversicherung werden die Leistungen auf die sogenannten Regelleistungen beschränkt. Damit sind freiwillige Mehrleistungen einzelner Rassen in Zukunft unterbunden. Auch Er-
lassen dürfen nur die Regelleistungen gewährt.

Bei der Unfallversicherung wird künftig eine Rente nicht gewährt, wenn die Erwerbsbeschränkung infolge des Unfalls weniger als 20 Proz. beträgt. Nach Ablauf von zwei Jahren fallen alle 20prozentigen Renten fort.

Senkung der Löhne und Gehälter.

Die drückendsten Bestimmungen für die Arbeiterchaft sind in dem Teil der Verordnung enthalten, der die Ueberschrift „Arbeitsrechtliche Vorschriften“ trägt. Im allgemeinen sollen alle Löhne und Gehälter auf den Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden.

Vom 1. Januar 1932 sollen im Tarifvertrag die geldlichen Lohn- oder Gehaltsätze als vereinbart gelten, die am 10. Januar 1927 bestanden haben. Die Regierung hat ausgerechnet, daß das Durchschnitt eine Kürzung von etwa 10 bis 15 Proz. ausmacht. Unter diesen Prozentsatz soll die Senkung der Löhne nicht hinabgehen. Der neue Lohn- oder Gehaltsstand soll unverzüglich bis ins einzelne festgelegt werden. Zu diesem Zweck treten die Parteien jedes Tarifvertrags bis zum 19. Dezember

1931 zusammen, um die nach der Notverordnung ab 1. Januar 1932 geltenden Sätze in einem Nachtrag zum Tarifvertrag festzulegen. Kommt keine Einigung zustande, so trifft der Schlichter die endgültigen Festsetzungen. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn es sich um Änderungen der Akkordberechnungsmethoden und um solche Fälle handelt, in denen am 10. Januar 1927 kein Tarifvertrag bestand.

Die Schlichter können auch die Laufdauer der Tarifverträge bis zum 30. September 1932 verlängern, wenn das für die ruhige Fortentwicklung des Wirtschaftszweiges erforderlich erscheint und die Verhältnisse genügend übersehbar sind. Schließlich soll eine „Verfeinerung des Tarifvertragsystems“ dadurch herbeigeführt werden, daß in geeigneten Fällen eine vorübergehende besondere Notlage einzelner Betriebe angemessen berücksichtigt wird. Derartige Vereinbarungen sollen von den Tarifvertragsparteien selbst getroffen werden. Die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruchs soll in der Regel nur da erfolgen, wo wichtige gesellschaftliche Interessen dazu nötigen, wo die eine Seite tarifvertragliche Vereinbarungen grundsätzlich ablehnt oder wo die Befürchtung gerechtfertigt ist, daß ein tarifvertragloser Zustand zu unerträglichen sozialen Härten oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen würde.

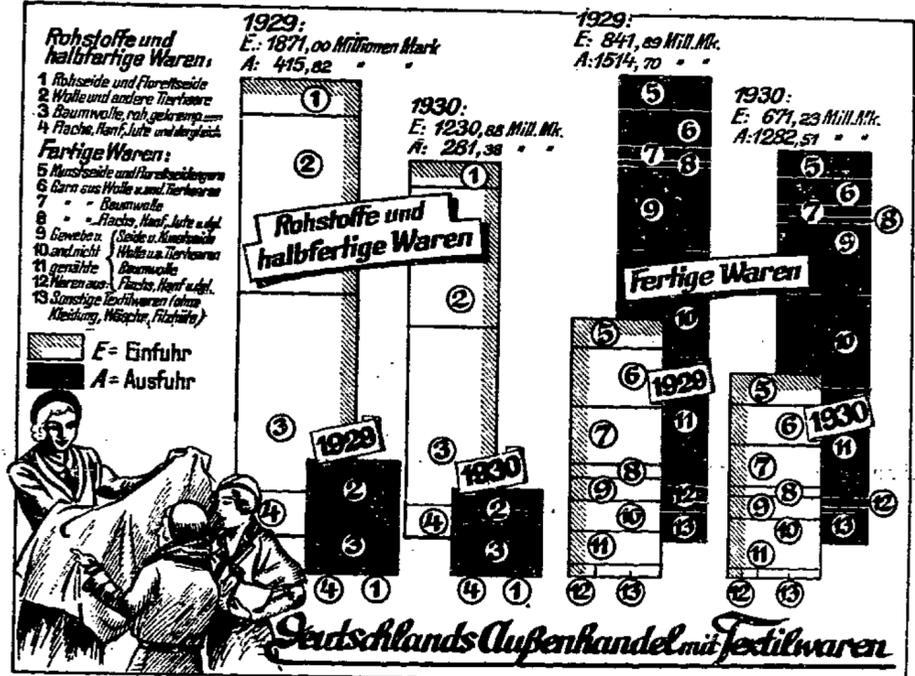
Bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern staatlicher Behörden und Betriebe wird eine Kürzung der jetzigen Bezüge um etwa 10 Proz. vorgenommen.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Amtsdauer der in die Betriebsräte und in die Organe der Versicherungsanstalten gewählten Personen um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verlängern. Wenn die Regierung von dieser Ermächtigung Gebrauch macht, so finden im kommenden Jahre keine Betriebsräte wahlen statt.

Sicherung der Haushalte.

Das wichtigste Stück aus diesem Teil der Notverordnung ist die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Proz. mit Wirkung vom 1. Februar 1932. Ausgenommen von dieser Erhöhung sind die Erzeugnisse aus Getreide und Mehl.

Besondere Maßnahmen sind gegen die Steuer- und Kapitalflucht vorgesehen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob sie geeignet sind, die Verschlebung von Kapital nach dem Auslande zu verhindern. Wer seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt und ein Einkommen von mindestens 20 000 Mk. und ein Vermögen von über 200 000 Mk. hat, muß eine Reichssteuer in Höhe eines Viertels des gesamten steuerpflichtigen Vermögens entrichten. Wer sich dieser Steuer entzieht, der wird bei der Rückkehr auf deutschen Boden festgenommen, sein ganzes Vermögen wird beschlagnahmt.



Die deutsche Textilindustrie, im wesentlichen auf die Einfuhr fremder Rohstoffe angewiesen, führt auch Garn zur Weiterverarbeitung in bedeutendem Umfange ein. Die in normalen Zeiten erhebliche Wiederausfuhr fertiger Gewebe und sonstiger Textilwaren spielt in der Außenhandelsbilanz Deutschlands eine wichtige Rolle. Unsere heutige Bildstatistik gibt eine interessante Gegenüberstellung des Außenhandels mit Textilwaren in den Jahren 1929

und 1930. Bei den Rohstoffen und halbfertigen Waren betragen die Einfuhrwerte (in Millionen Mark) das Vierfache der Ausfuhr, während bei den Fertigwaren die Ausfuhr fast das Doppelte der Einfuhrwerte erreichte. Die zunehmende Wirtschaftskrise hat 1930 alle diese Zahlen in etwa gleichem Verhältnis vermindert und die Werte des Jahres 1931 werden leider eine weitere Verminderung bringen.

Notizen

Zeitglossen
Der Berliner Lehrer-Gesangverein veranstaltet mit Philharmonischem Orchester und einigen Solisten Konzertabend: Ertrag für die deutschen Schulen im Ausland — 5 Proz. für die deutsche Winterhilfe. Im Kohlengebiet Luga liegen riesige Kohlenhalde, ein Ort in der Nähe muß wegen Mangel an Heizmaterial den Schulbetrieb einstellen! Sollten Lehrer-Gesangvereine nicht besser für die deutschen Schulen im Inland singen? — In Hannover veranstalten die bürgerlichen Zeitungen eine Ausstellung „Deutsche Front“, aus Wohltätigkeit natürlich. Wo Hunderttausende blutige Kämpfe ausgefochten, das wird in einer Ausstellung angenehme Sehenswürdigkeit. Verherrlichung des Krieges? Ein bürgerlicher „aristokratischer“ Männerchor singt seine Lieder dazu. — In Aue großer Aufmarsch unter Schwarzweißrot: Hakenkreuz, Stahlhelm, Bismarck. Die bürgerlichen Sänger mitleidlos: „Morgenrot, leuchtet nur zum frühen Tod“ und „Wohlgemuth: Dem Gedanken der Gefallenen“. Heil Hitler! Heil Neutralität! — In Essen große Feier für Familie Krupp. Die Kanonen schweigen, aber die bürgerlichen Sänger singen. Aus den Texten: „Gott ist mein Herr, mir wird nichts mangeln... du richtest mir ein Freudenmahl... und schenkt mir volle Becher ein“. Draußen stehen die Arbeitslosen; sie „feiern“

auch. — In Chemnitz Konzert für die Arbeitslosen 5000 bis 6000 Besucher; Abschluschor „Wann wir schreiten“. Ein verrückter Nazi hört „Ein feste Burg“ und sieht kaum 3000 Menschen. Unheilbar!

Blitzlichter aus dem Reichstag

Als der Reichstag vor einiger Zeit zusammentrat, durften die Reden der Abgeordneten leider nicht durch Rundfunk übertragen werden. Die Sozialdemokratische Partei hat aber dafür gesorgt, daß einige Auszüge aus den Reden einzelner Abgeordneten bekannt wurden. In dem Schriftchen „Stichtlichter aus dem Reichstag“ lesen wir u. a.:

Simpfendorfer (Chr.S.D.), Abgeordneter: Wir lesen in englischen Zeitungen, daß der englische Finanzminister tagtäglich viele Zuschriften preiswürdiger Verzichtserklärungen auf hohe Pensionen und dergleichen erhält. (Hört! Hört! bei den Christlich-Sozialen.) In Deutschland hören wir wenig von solchen Dingen.

Dingeldey (D. Sp.), Abgeordneter: Es ist noch nicht lange her, daß, wenn ich richtig unterrichtet bin, der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Vorschläge, und zwar im Einklang mit der Reichsregierung, vorbereitet hatte, die Maßnahmen auch zur Herabsetzung der Leistungssätze der Versicherung in Aussicht genommen hätten, und daß nach einer Intervention der Sozialdemokratie diese Vorschläge unter den Tisch gefallen sind. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Bravo! Darüber freuen wir uns!)

Dr. Weber-Potschke (Staatsp.), Abgeordneter: Dann ein anderes! Mit Hilfe der Nationalsozialisten war es ja im Deutschen Reichstag leider nicht

möglich, das Pensionstärkungsgezet durchzubringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten. — Anruhe bei den Nationalsozialisten.) Die Nationalsozialisten haben uns ja daran gehindert, dieses Pensionstärkungsgezet fertigzustellen. (Wachende Anruhe bei den Nationalsozialisten.) Wir konnten es nicht machen, weil Sie (zu den Nationalsozialisten) es abgelehnt haben. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Wir haben es zuerst geordert!) — Aber abgelehnt! (Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Staatspartei und bei den Sozialdemokraten. — Erneuter Zuruf von den Nationalsozialisten: Wir haben es doch zuerst geordert! Gegenruf von den Sozialdemokraten: Die Forderung ist erhoben worden als Sie [zu den Nationalsozialisten] noch gar nicht im Reichstag waren!) — Herr Ehrer, Ihr Gedächtnis in allen Ehren! Aber es ist so: Wir Ihrer Hilfe ist das Pensionstärkungsgezet gefallen. (Erneute lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Staatspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Die „Arbeiter“-Partei

Die Nationalsozialisten sind aus dem Reichstag gelassen, weil sie nicht wollen, daß die Sozialdemokratischen Anträge für die Fortsetzung der Pensionstärkung, gegen die Kartelle und Monopole und zum Schutz des Tarifrechts Stellung zu nehmen. Jeder dieser anti-kapitalistischen Anträge war ein Schlag gegen die Front, die in Harzburg Nationalsozialisten und Herrenschichten aller Art gebildet haben. Die Gründe der Flucht aus dem Reichstag werden besonders deutlich, wenn man weiß, daß folgende Großpensionäre in Harzburg anwesend waren:

Prinz Lippe, Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern, Generaloberst von Einem, General von

Gallwitz, General von Hutier, General Kühne, Generalleutnant Wächter, General Boelkwardt, General von Falkenhäuser, Admiral von Trotha, General Graf von der Goltz, General Faupel, Generalmajor Bod von Büßingen, Admiral von Seebohm, General von Dommers, General von Berendt, General von Möhl, Generalleutnant von Zierhen, Generaloberst von Seeck, General von Wittwig.

Die Herren beziehen unter Berücksichtigung der schon vorgenommenen Kürzungen Jahrespensionen bis zu 14 700 Mk. Jeder von ihnen wäre durch den sozialdemokratischen Kürzungsantrag betroffen worden. Die Nationalsozialisten dürften aber nichts gegen ihre prominentesten Großpensionäre unternehmen! Darum hat der nationalsozialistische Abgeordnete Sprenger am 9. Dezember 1930 im Reichstag gegenüber einer Regierungsvorlage, die nur sehr bescheidene Kürzungen der Großpensionen vorsah, ausgeführt: „In ihrem Grundgedanken müssen wir diese Vorlage ablehnen, weil sie die Beamtenverhältnisse und Grundrechte verletzt.“ — Kein Grundrecht ist den Nationalsozialisten so heilig, wie das der fürstlichen, gräflichen und sonstigen Großpensionäre! Die obengenannten Großpensionäre und Anhänger von Hitler. Oder nicht? In Berlin geruhen Graf Hitler stets im Kaiserhof abzusitzen und dort mit hochherzoglichen Prinzen und Erzherzogen, die dem lieben Herrgott den Tag weihen, zu neibäugeln. In Braunschweig wohnen der Graf anlässlich der Hafentanzparade am 18. Oktober im Borsenhof gemeinsam mit dem ebenmaligen Großherzog von Mecklenburg und dem Erbprinzen von Walded und Bismarck. — In der Ost hat mit der Bildung der Reichsregierung würde sagen: hater Arbeiterführer! Sag zu die Kasse ins Geschäft befrist!

DIE KRISE WÜTET

Was unsere Berichterstatter schreiben

Stätten des Elends Kirchberg-Saupersdorf

In welchem Maße die Textilarbeiter in der Tuchstadt Kirchberg unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben, zeigt uns folgendes Bild:

Im Bezirk Kirchberg-Saupersdorf gibt es insgesamt 400 Tuchwebstühle, die bei guter Konjunktur mit 400 Webern besetzt sind, bei besonders gutem Geschäftsgang wird dann zweifachig gearbeitet, und es können dann in der Regel noch etwa 200 Weber, die immer als Reservearmee vorhanden sind, beschäftigt werden. Von den an beiden Orten lebenden 600 Webern sind zurzeit 460 arbeitslos in der Woche. In den übrigen Sparten der Textilindustrie, Streichgarnspinnerei und Appretur, ist das Bild ähnlich. Diese ungeheure Arbeitslosigkeit hat Verhältnisse geschaffen, wie sie Gerhart Hauptmann in seinen „Webern“ schildert. Die Akkordlöhne der Weber sind so scharf kalkuliert, daß vielfach Unterverdienste bis zu 10 Mk. festzustellen sind. Die Unternehmer kalkulieren absichtlich so niedrig, so daß immer ein Teil der Arbeiter nicht auf den Akkordlohn kommt. Infolge des wirtschaftlichen Drucks und der Angst vor der Entlassung, werden viele Arbeiter davon absehen, auf Erfüllung des Tarifvertrages durch den Unternehmer zu bestehen. Bei vielen Unternehmern mag die Absicht bestehen, durch niedrige Lohnkalkulation die Arbeiter um einen Teil ihres Lohnes zu prellen. Dabei sind die Löhne so miserabel, daß die Arbeiter beschaffen hungern müssen.

Mit den Unternehmern Hand in Hand arbeitet auch ein Teil der Angestellten, der den Unternehmern im Lohnrückens Beihilfe leistet.

Zum Teil sind die Angestellten angewiesen, so zu handeln, und zum anderen glauben sie, durch ihr Verhalten sich den Unternehmern unentbehrlich zu machen.

Auch die sonstige Behandlung läßt viel zu wünschen übrig, die die Arbeiter erdulden müssen. Kleinste Versehen werden brutal geübt. Daneben herrscht eine Anreizerei, die sich durch nichts mehr überbieten läßt. Trotz niedrigster Löhne und unbefristeten Höchstleistungen der Arbeiterschaft besteht seit Jahren eine dauernde Arbeitslosigkeit, die in anderen Tuchstädten nicht in demselben Ausmaß zu verzeichnen ist (das kommt vom Kirchberger Tuch. V. Red.). Man hat schon auswärtige Fachkräfte engagiert, die bessere Auftragsresultate bringen sollten; aber wie es scheint, haben die neuen Musterungen auch nicht allenthalben eingeschlagen. In was es liegt, daß sich gerade die Kirchberger Textilindustrie in solcher Misere befindet, davon soll in einer späteren Untersuchung gesprochen werden. Die Unternehmer scheinen noch allerhand zu verdienen, auch können sie ihre Betriebe nicht aufrecht erhalten.

Kurzarbeit und Lohnabbau

Die Moral unserer Wirtschaftsführung

Was dem Textilbesitz des Bezirksamts Bunsledel schreibt man zu:

Die brutale Gewalt greift das Unternehmertum durch Lohnabbau in die Lebensverhältnisse der Textilarbeiter ein. Der Wille der Unternehmer, den Leidensweg der Arbeiter nach kürzester Zeit zu gestalten, wird in die Tat umgesetzt. Oder ist es kein Leidensweg, wenn die Arbeiterschaft bei Weber u. Co. seit 1923 um Woche 2 und 3 Tage — zur Zeit 1 bis 2 Tage — arbeitet, oder wenn die Betriebe Bankrott u. Bauer, Spiegel u. Kautschuk von der Nachkriegszeit kurzarbeitbar sind und letztere abwechselnd den Betrieb von Zeit zu Zeit schließen? Selbst die nicht erwerbenden Weberbetriebe sind seit längerer Zeit kurzarbeitbar und haben im Grund der Rationalisierungsmaßnahmen Tugende von Textilarbeitern und Arbeiterinnen anzuwenden. Die Spinnereibetriebe lassen sich schon kurzarbeiten und schließen von Zeit zu Zeit ganzmäßig die Betriebe. Die Firma Bismarck in Erfurt hat den Betrieb seit dem 1. 1. 1929 geschlossen, ganz gleich was aus der heutigen Arbeiterschaft mit dem wachsenden Hunger die Notwendigkeit der Rationalisierung durch die großen Not- und Verzweiflung der Massen und der Kennzeichen kann sich die Firma nicht dazu berechtigen, den wichtigsten die Rationalisierungsmaßnahmen für ihre Arbeiter zu ermöglichen oder zu erschaffen.

Durch fleißiger Hände Arbeit, für kümmerliche Löhne hat die Arbeiterschaft der Firma wertvolle Dienste geleistet, Hab und Gut der Herren ist gewachsen — aber die Arbeiterschaft kann heute verhungern. Das ist die Moral der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Und trotz dieser bedauernswerten Verhältnisse hefteten die Chefs oder Betriebsleiter in den noch in Gang befindlichen Betrieben mit besonderer Genugtuung den dilatatorischen Anschlag des Arbeitgeberverbandes an, der einen 10prozentigen Lohnabbau vorseht. Der gefällte Schiedspruch von 5 Proz. paßt den Herren gar nicht in den Kram, sonst hätten sie das Schanddokument abnehmen lassen. Sie wollen also von den Löhnen von 15 bis 30 Mk. (bei der erwähnten Arbeitszeit) in 14 Tagen nochmals 10 Proz. in Abzug bringen. Es ist keine Seltenheit, daß Arbeiter und Arbeiterinnen

BERICHTE AUS FACHKREISEN

Aachen

Der Schwindel „Die Ursachen der Welt von den triefen“ war das Thema, welches in unserer am 30. November 1931 abgehaltenen Mitgliederversammlung vom Kollegen

Feinhals (Berlin) in einem längeren Referat in unserer Versammlung behandelt wurde. Er führte ungefähr aus: Erst als die Krise mit ihren, für uns Arbeiter so furchtbaren Wirkungen nicht mehr auf Deutschland allein beschränkt blieb, sondern ihre katastrophalen Folgen über die ganze Welt ausbreitete — erst dann fing man an, über die Ursachen zu diskutieren. Das beliebteste Argument der Industriellen und „Wirtschaftsführer“ waren die „hohen Löhne“ und die „gestiegenen Ansprüche“ der Arbeiterschaft, eine Ausrede, die, in Verbindung gebracht mit den Folgen des verlorenen Krieges und den riesigen Reparationszahlungen, in manchen Kreisen ihre Wirkung nicht verfehlte. Aber wenn man die Verhältnisse kennt, so kommt man zu anderen Lösungen. Da zählte z. B. ein schäffisches Textilunternehmen an elf Beamte die Summe von über 400 000 Mk. an Gehältern, also beinahe eine halbe Million an elf Personen in einem Jahre. Für die übrige ganze Belegschaft dagegen bei weitem nicht so viel. Krasser kann die Unmöglichkeit der Behauptung der hohen Löhne nicht beleuchtet werden. Dies ist auch von unseren Gewerkschaftsführern in unzähligen Verhandlungen, wo es um Lohnabbau ging, durch Material erdrückend bewiesen worden, so daß jüngst selbst ein Schlichter zu den Worten verleitet wurde: „Ja, wenn Beweise wären könnten, dann wären wir jetzt nicht mehr am Leben.“ Trotzdem bekräftigte er durch seinen Schiedspruch einen neuen Lohnabbau; Grund genug für uns, auf der Hut zu sein und mehr als bisher in Einigkeit und Geschlossenheit hinter unseren Führern zu stehen, eingedenk der Tatsache, wie unendlich viel für uns auf dem Spiel steht.

Ein weiterer, sehr wichtiger Faktor darf nicht unerwähnt bleiben, nämlich alle in den beiden letzten Jahrzehnten gemachten Erfindungen auf technischem Gebiet, weil sie durch ungeheure Einsparungen an Arbeitskräften eine bis ins Unerlöschliche gestiegene Arbeitslosenzahl zur Folge hatten. Man erfand neue Spinnmaschinen, welche allein drei volle Arbeitsgänge ausschalteten. Andere, wo ein einziger Arbeiter 9000 Spindeln bedient; Reusenring in der Kattunherstellung, wo ein einziger Kattunweber durch Bedienung von 34 Webstühlen statt der früheren vier in der Lage ist, in 24 Arbeitsstunden 24 500 Meter Kattun herzustellen. Auch dadurch wurde eine große Zahl von Arbeitern „überflüssig“ und somit brotlos. Dagegen gegen die Kunstarmaturierung der technischen Erfindungen stemmen zu wollen, müssen wir aber immer wieder auf die Wirkung hinweisen. Kommen muß eine Herabsetzung der Arbeitszeit.

Doch der Glaube an unsere gute Sache durch das Referat des Kollegen Feinhals neue Nahrung erhalten hatte, konnte man am Schluß der Versammlung den Zuhörern ansehen, denn mancher verärgerten Züge hatten sich aufgehellt in neuer Hoffnung. Auch dies sei als ein Verdienst für unseren Referenten gedacht.

Grete Benn.

Delmenhorst

Die Szene Das hat sich am Sonntag, 14. Dezember dem 29. November, gezeigt. In hundertern strömten die

Textilarbeiter und Arbeiterinnen ins Volkshaus zur Jubilärfest. 24 Kollegen und 7 Kolleginnen kamen vom Vorort als Solisten begrüßt werden. Die Feier wurde von Kurzvorträgen der Reichsbannerkapelle, Kolleginnen von der Arbeiterinnenkommission rezitierten einen Prolog und gab das Festspiel „Der Sieg des Lichts“ recht wirkungsvoll wieder. Unsere Jugendgruppe warierte mit einem Sprecher auf, der einen großen Eindruck

nach Abzug der Zwischenzahlung, Sozialbeiträgen und Wohnungsmieten die Summe von 2 bis 3 Mk. ausgezahlt bekommen. Wir können den Nachweis führen, daß 50, 60 und 70 Pf. noch an Arbeiter und Arbeiterinnen ausgezahlt worden sind. Es ist nicht allzulange her, wo sich eine Arbeiterin mit 6 Pf. Lohn in ihrer Wohntüte abfinden mußte.

Augsburg

Die Geschäftsstelle wird, wie in vergangenen Jahren, auch heuer am 2. Weihnachtstfesttag (Stiefanstag) für die Unterklassierer eine Weihnachtsfeier im „Karl-Hübich-Haus“ in Biburg veranstalten. Beginn nachmittags 2 1/2 Uhr.

Einladung ergeht somit an sämtliche Unterklassierer, Gau- und Filialvorstandsmitglieder, sowie an die Betriebsratsvorsitzenden nebst ihren Angehörigen und an alle sich dafür interessierenden Mitglieder.

Für musikalische und sonstige Unterhaltung ist gesorgt.

Die Jugendgruppe wirkt im Programm mit.

Fahrgelegenheit ist ab Mittag sehr günstig.

machte. Der Höhepunkt der Feier war die Festrede unseres Verbandsvorsitzenden Schiller. Mit packenden Worten schilderte er den schweren Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse und dankte den Jubilaren für die Treue zur Organisation. Nach Ueberreichung der Ehrenurkunden und Nadeln dankte Kollege Heuermann dem Verband für die Anerkennung ihrer Arbeit. Er ermahnte die Jugendlichen, den „Alten“ nachzueifern und die Unorganisierten, sich dem Verband anzuschließen. Ein stotter Tanzkränzchen hielt die Anwesenden noch lange zusammen. Die schwere Not, unter der die fleißigen Textilarbeiter leiden, wurde für einige Stunden vergessen. Alle gelobten mit doppelter Kraft für unsere Organisation zu arbeiten. Eine großartige Agitation ist eingeleitet. Bis zum Frühjahr werden wir alle Unorganisierten aufsuchen, um sie dem Verband zuzuführen.

Greiz und Umg.

3. Vertreter. Fast zu Klein erwiesen sich die Versammlung am Sonntag, dem 29. November, die Räume des „Goldenen Anters“, um die vollzählig erschienenen Funktionäre zu fassen. Der Geschäfts- und Kassenbericht bot wieder die gewünschte Möglichkeit, sich im Filialmaßstab über die betrieblichen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zu orientieren. An Hand von Gegenüberstellungen wurde der Irrsinn der Schichtarbeit klargestellt. Wie noch nie zuvor skatuiert die Beschäftigtenzahl und stößt immer mehr in das Arbeitslosensheer. Eine ganze Reihe von Einsprüchen machte sich deshalb notwendig, die teils mit Wiederinstellung, teils mit Entschädigungen von 100 bis 120 Mk. beendet wurden.

Neue Literatur

G. Werner: „Hungerland“ und „Ein Kumpel“. Der Titel des ersten Buches ist jetzt in die Schriftsprache eingegangen. Das Wort gilt als Bezeichnung für das niederösterreichische Bergbaurevier. Der Roman ist vor Jahren in fast sämtlichen Parteizeitungen und auch in einigen Gewerkschaftsblättern unter dem Strich erschienen und ist in der heutigen Zeit der Not wieder aktuell geworden. Das vor zwei Jahren erschienene Buch „Ein Kumpel“ scheint ebenfalls sehr bekannt zu werden. Es wird bereits in den höheren Schulen als die beste Mitteljahrsbildung des Bergbaues im Unterricht verwendet. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht empfiehlt es jetzt als Ganzlesestoff den ländlichen Fortbildungsschulen und Berufsschulen. Beide Bücher sind vom Verlag „Die Knappschaff“, Berlin-Steglitz, zu beziehen. „Hungerland“ kostet broich, 1,20 Mk., geb. 2,50 Mk. „Ein Kumpel“ geb. 2,50 Mk.

Das Rotorfahrzeug von Dipl.-Ing. W. Goepferich, 64 Seiten Großformat mit 38 Abbildungen, Preis 2 Mk. Verlag C. J. C. Wolkmann Nachf., G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.

Das Rotorfahrzeug — fahrerlos und steuerlos — erfreut sich seiner Billigkeit wegen größter Beliebtheit. Wer im Begriff steht, sich ein solches Rad anzuschaffen, dem wird dieses Buch praktischer Ratgeber und Führer sein. Es versucht, in leicht faßlicher aber ernster Form für die neueste Schöpfung der Rotorradindustrie, für das Rotorfahrzeug, zu werden. Wir lernen den inneren und den äußeren Aufbau des „Rotorfahrers“ kennen. Die Fahrtechnik und das Verhalten von Schwüngen am Rotor nehmen einen breiten Raum ein. Des weiteren wird der künftige Besitzer eines Rotorfahrzeuges mit den wichtigsten Verkehrsvorschriften bekannt gemacht. Und wer Lust hat und über die nötige Zeit verfügt, um das Zustand kennenzulernen, der findet im letzten Abschnitt alles dazu Wissenswerte. Schon dieser kleine Auschnitt zeigt, welche Fülle an Wissen in diesem Bändchen steckt, das wegen seines geringen Preises auch als Guide für den Weihnachtstisch besonders geeignet ist. Dem Büchlein ist weiteste Verbreitung zu wünschen.

den. Vom Deutschen Textilarbeiter-Verband wurden in den Monaten Juli, August, September von der Filiale Greiz und Umgegend 14 864,25 Mk. Erwerbslosenunterstützung gezahlt, außerdem noch an Krankengeld 8519,80 Mk. Trotz der Sommermonate mußten aber auch in diesem Quartal 116 Veranstaltungen und Sitzungen der mannigfaltigsten Art wahrgenommen werden. Auch die Frauen- und Jugendbewegung beanspruchte einen recht erheblichen Teil der Quartalsarbeit.

Mit größtem Interesse wurde dann Punkt 2 der Tagesordnung, „Lehren und Konsequenzen aus der Entwicklung der Lohnpolitik“ entgegengenommen. Die Vertreter des Kapitalismus versuchen trumphast darüber hinwegzulaufen, daß sie am Ende ihres Vatelns angelangt sind. Allen Erfahrungstatsachen der Rationalisierung und Strukturwandlungen zum Trotz klammern sich diese Sorte „Wirtschaftsführer“ an ihre ausgelebten Methoden der Lohnpolitik. Schlechte Konjunktur verlange niedrigen Lohn, niedriger Lohn senke den Preis und bewirke Konkurrenzfähigkeit. Der Schäßisch-Thüringische Weberverband und der Westfälische Chemnitzer Arbeitgeberverband leisten sich zur Zeit der Krise ungeheure Schläge auf den Mägen der Arbeiterschaft, über deren Gegenwirkung im geeigneten Zeitpunkt diese Textilarbeiter nicht im unklaren sein dürfen.

Doch auch in der Gegenwart gilt es für die Textilarbeiter alle Kräfte zusammenzufassen und unbedert den zur Ueberwindung des Kapitalismus notwendigen Weg einzuschlagen.

Die Besprechung des dritten Punktes „Solidarische Maßnahmen“ zeigte, daß es dem Deutschen Textilarbeiter-Verband sehr darum zu tun ist, seinen Mitgliedern zu helfen. So wird an die im Verband ausgesteuerten Erwerbslosen und Invaliden eine Weihnachtunterstützung je nach erworbenen Rechten erfolgen.

Es erhalten:
Bei über 52 Vollbeiträgen in der 60er Klasse 8 Mk.,
bei über 52 Vollbeiträgen in der 80er Klasse 10 Mk.,
bei über 52 Vollbeiträgen in der 100er Klasse und höher 12 Mk.

Bei weniger als 52 Vollbeiträgen einheitslich 5 Mk. und unsere invaliden Kollegen ohne Unterschied 10 Mk.

Voraussetzung ist, daß das in Ordnung befindliche Mitgliedsbuch vorgelegt wird.

Auch Weihnachtstfeierstunden werden je eine in Greiz am Montag, dem 14. Dezember, in der Ostvorstädtischen Turnhalle, und in Erfurt am Dienstag, dem 15. Dezember, in der Turnhalle am Goshühberg stattfinden, wobei auch Guthscheine im Werte von 1 Mk. an invalide und erwerbslose Mitglieder zur Verteilung kommen.

Alle diese Maßnahmen fanden die freudige Zustimmung der Funktionäre und werden auch hoffentlich stärksten Widerhall draußen unter der Mitgliedschaft und der gesamten Textilarbeiterchaft finden.

Ratgeber für die Arbeitslosenversicherung. Gemeinverständlich dargestellt von Friedrich Kleis, Bürgermeister in Ushersteden. Fast 8 von Bordels Schlüsselbüchern. 6. Auflage (25. bis 28. Tausend), 48 Seiten. Verlag Friedrich U. Bordel, Leipzig C. 1, Königstr. 26 B. Einzelpreis 0,70 Mk., bei Partiestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Das vorliegende Büchlein bringt in gemeinverständlich Weise alles Wissenswerte über die Arbeitslosenversicherung. Nach einem kurzen Rückblick auf die Entstehung des Gesetzes werden Leistungen, Unterstühtungsverfahren, Aufbringung der Mittel, Strafbestimmungen usw. behandelt. Eine Tabelle der wöchentlichen Unterstühtungssätze vervollständigt das empfehlenswerte Wertchen.

Dr. Rolf Bathe: „Der Zusammenbruch“. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68, 40 Seiten. Mit Umschlag und Bild. Preis 15 Pf. 1931.

Es ist kein Ende mit der von Böswilligkeit, von Unkenntnis gedankelos und leichtfertig nachgeplapperten Dolchstoßlegende. In einer kleinen, von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebenen Schrift „Der Zusammenbruch“, die nur 15 Pf. kostet und mühen bestens für die Massenverbreitung geeignet ist, trägt Dr. Rolf Bathe sehr wirkungsvoll das wichtigste Dokumentenmaterial noch einmal zusammen, das den Dolchstoß dorthin befördert, wohin er gehört: auf den Schutthaufen der politischen Hehnmärchen. H. B.

„Die wirksame Bekämpfung der Arterienverhärtung und des vorzeitigen Alters.“ Von Dr. med. H. Wallen, leitender Arzt der Anstalt für Nerven- und Stoffwechselkrankheiten in Baden-Baden. Mit 23 Bildern. Soeben erscheint völlig veränderte Neuauflage 14. bis 28. Tausend im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstr. 44. Preis nur 2 Mk.

Der bekannte Arzt Dr. Wallen, der als erster eine wirklich wirksame Behandlungsmethode der Arterienverhärtung ausgearbeitet hat, gibt hier in allgemein verständlicher Form die Grundzüge seines Verfahrens bekannt. Sehr eingehend ist die Gesundheitspflege der von der Verhärtung Bedrohten behandelt, wobei einfache Lebensregeln eine praktisch leichte Durchführung ermöglichen.



Für unsere Jugend

Jugend und Unternehmertum

Man sucht Ungeduldige zu trösten

Die Jugend von heute befindet sich in starker Gärung. Die jungen Leute von 16 bis 30 Jahren stehen in dieser Zeit dem Staat, dem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben wesentlich anders gegenüber, als dies bei älteren Generationen in ihrer Jugend Maienblüte der Fall war. Sie stehen teilweise vor einem Nichts; arbeits- und mittellos, sehen sie keinen Ausweg aus dem trüben Wirral der gegenwärtigen Zeit. Die Aufstiegsmöglichkeit, die die blühende und sich ständig erweiternde Vorkriegswirtschaft der bürgerlichen Jugend bot, sind nicht mehr vorhanden. Aus all diesen Gründen wendet sich die Jugend jenen Bänden und Parteien zu, die ihnen einen Ausweg zu zeigen vorgeben. Die deutsche Jugend ist organisatorisch sehr zersplittert. In Deutschland gibt es etwa 9 Millionen jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren. Davon sind etwa 5 Millionen in den über 100 dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände angeschlossenen Bänden und Verbänden organisiert. Die sozialistisch organisierte Jugend sowie die jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften bilden in der Gesamtorganisation der Jugend immerhin eine beachtliche Minderheit. Psychologisch wird die Jugend durch die veränderten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflusst. Hinzu kommt der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung. Die Jahrgänge über 30 sind trotz der Verluste im Weltkrieg äußerst stark besetzt. Sie nehmen unter den Erwerbstätigen einen breiteren Raum ein, als dies jemals vorher der Fall war. Die Jugend fühlt sich in diese Verhältnisse eingeklinkt, deshalb macht sich bei ihr der Gedanke breit, daß es einer gewalttätigen Herbeigeführten Umwälzung bedürfe, um ihr den Lebensraum zu schaffen, auf den sie mit Recht Anspruch zu haben glaubt.

Die Unternehmer haben begriffen, daß die Jugend gegenüber dem Unternehmertum sehr kritisch eingestellt ist. Es ist deshalb der Gedanke aufgetaucht, die Jugend dem Unternehmertum wieder näherzubringen. Unter dem Motto „Unternehmertum und Jugend“ hat Ende November 1930 bereits eine Tagung in Berlin stattgefunden, die diesen Zwecken dienen sollte. Die Tagung wurde vorbereitet von dem sogenannten „Wirtschaftspolitischen Schulungskreis“. Kürzlich ist eine Schrift herausgekommen unter dem gleichen Titel, die von dem Schulungskreis verlegt und von dem Syndikus des Reichsverbandes der deutschen Industrie Dr. Herle herausgegeben wurde. Diese Schrift enthält einen Bericht über die genannte Tagung und ferner Auslassungen von Vertretern der Unternehmerverbände zu dem erwähnten Thema. Die Tagung sollte den Zweck haben, „der verantwortungsbewußten Jugend den Weg zur Wirtschaftsentwicklung als der Voraussetzung politischer Stellungnahme zu erleichtern“. Angeblich sollen unter den 140 anwesenden Jugendlichen alle politischen Richtungen mit Ausnahme der Kommunisten vertreten gewesen sein. Diese waren allerdings nicht Abgesandte bestimmter Organisationen oder Organisationsrichtungen, sondern man wird sie sich wohlweislich vorher ausgesucht haben. (Nicht vertreten war die arbeitende Jugend.)

Nach dem Bericht soll die Jugend von folgenden drei Fragestellungen ausgegangen sein:

- a) Führt die jetzige Krise zur fortschreitenden Verelendung der Masse des Volkes und damit zum Untergang des herrschenden individualistischen Wirtschaftssystems?
- b) Führen die allmählichen „Strukturwandlungen“, die dieses System erfährt, besonders die Ausdehnung des „gebundenen Wirtschaftsfaktors“, zur Ueberwindung dieses Wirtschaftssystems durch ein anderes?
- c) Welche Mittel und Wege lassen sich angeben, um der gegenwärtigen Krise Herr zu werden?

Aus dem sorgfältig abgefaßten Bericht ist nicht ersichtlich, in welcher Form diese Fra-

gen von den Jugendlichen vorgetragen und wie sie von den Unternehmern beantwortet wurden. Auf die Frage der Jugend, ob die unternehmerische Wirtschaft überhaupt noch imstande sei, dem deutschen Volke einen befriedigenden Lebensstandard zu erhalten oder ob es unter diesem System zu weiter fortschreitender Proletarisierung kommen müsse, scheinen die Unternehmer, soweit aus dem Bericht ersichtlich, nur eine unzureichende und sich in den allgemeinen Gedankengängen bewegende Antwort erteilt zu haben. Sie versuchten die Wirtschaftsbelastung durch Krieg, Niederlage, Inflation sowie die staatlichen Zwangseingriffe für die geringe Auswirkung verantwortlich zu machen. „Zurzeit sei“, so wurde auch bei dieser Gelegenheit betont, „besonders auf den Gebieten des Schlichtungswesens und der Bau- und Wohnungswirtschaft eine Einschränkung der Staatsbefugnisse erforderlich.“ Im allgemeinen waren es alle Kamellen, die man der Jugend aufgetischt hat. U. a. ist behauptet worden, daß die Industrie auf viele Kartelle und Konventionen bereit sei zu verzichten, „wenn der Staat seinerseits auf das Recht verzichte, den Lohn durch Schiedspruch verbindlich festzusetzen und damit zu seinem Teil das freie Spiel der Kräfte wiederherstelle“. Man hat sich auch nicht geschaut, den Jugendlichen die Phrase zu übermitteln, daß die Gewerkschaften seit Jahren die stärkste Rationalisierung gefordert und die relativ hohen Löhne der vergangenen Jahre damit gerechtfertigt hätten, daß sie das Unternehmertum zur Rationalisierung zwingen sollen.

Die bürgerlichen Jugendlichen forderten

Auskunft über die Stellung der Arbeitnehmer im Betrieb. Sie hätten weitgehend das Bewußtsein, nur Teilarbeit zu leisten, und die Befürchtung, jederzeit durch andere Menschen ersetzt zu werden. Es gäbe kaum eine Vermöglichkeit für den jungen Menschen, weil er sich lange Jahre mit der Tätigkeit der speziellen Bearbeitung und des Eindringens in die feinsten Einzelheiten beschäftigen muß, so daß er keine Gelegenheit findet, Führertalente zu entwickeln. Die Unternehmer wiesen zur Entschuldigung auf den verengten Lebensraum als die Folge des Krieges hin. Wie man sieht, haben die Unternehmer der wissensdurstigen jungen Generation nicht viel Neues zu sagen gewußt. Man bewegte sich im alten und bekannten Kreise.

Für den kritischen Leser der angezogenen Schrift sind die folgenden Aufsätze von Unternehmervetretern aufschlußreicher. Herr Dr. Sammers trifft ungefähr das Richtige, wenn er nachstehenden Satz niederschreibt: „Grundlegend möchte ich der Meinung Ausdruck geben, daß weniger die wirtschaftliche Funktion des Unternehmertums als dessen geistige Einstellung zu Volk und Staat den Anknüpfungspunkt für die Betrachtung seitens der jungen Generation abgibt.“ Und Herr Dr. Lange von der Maschinenindustrie ist folgender Meinung: „Nahezu die gesamte Jugend ist sich einig in der schärfsten Kritik an dem individualistischen Kapitalismus und in der Forderung nach einem mehr oder weniger kollektivistischen Wirtschaftssystem.“ Den Schlüssel zu der Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus bzw. dessen Leitung liefert ebenfalls Herr Lange, wenn er bemerkt:

„Der Kapitalismus hat in erster Linie die historische Aufgabe, durch eine ungleich reichere Versorgung mit Gütern als je zuvor einer ständig wachsenden Zahl von Menschen materielle Lebensgrundlagen zu schaffen, wie sie der breiten Masse bisher noch nie gewährt worden

waren. Bei der Größe und Schwere dieser Aufgabe ist es nur begreiflich, daß bei der wirtschaftlichen Bestimmung der Produktion die „menschliche“ Bestimmung noch nicht überall gleichen Schritt halten konnte, daß also die Bedürfnisse des „Menschen“ und seiner „Gemeinschaft“ im wirtschaftlichen Leben noch nicht in dem Maße befriedigt werden konnten, das man als Ideal durchaus wünschen möchte.“

Diese hier genannten Aufgaben hat der Kapitalismus noch nicht zu befriedigen vermocht. Und deshalb ist nicht nur die Jugend, sondern auch die Mehrheit der älteren Generation mit ihm unzufrieden. Diese Unzufriedenheit muß sich in erster Linie gegen die Leiter dieses Systems richten, zumal sich unter diesen Leuten befinden, die eine sehr ansehbare Moral ihr eigen nennen. Sowohl die genannte Tagung als die angezogene Schrift vermögen nicht davon zu überzeugen, daß die Jugend dem Unternehmertum nähergebracht wurde. Nach wie vor ist es in weiten Kreisen der Jugendlichen der lebendige Gedanke, daß das jetzige Unternehmertum nicht nur überaltert, sondern auch, sowohl in seinen Anschauungen wie in seinen Methoden, überlebt ist. Deshalb macht sich der stürmische Drang nach Mitleitung und Mitbestimmung bei der bürgerlichen Jugend bemerkbar. Die arbeitende Jugend hat noch weniger Vertrauen sowohl in das System als in seine Leiter. Und deshalb die teilweise Verzerrungen in radikale Bünde und Organisationen. Es muß unsere Aufgabe sein, die Jugend dazu anzuhalten, die Grundlagen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch eigenes Studium und scharfes Beobachten kennenzulernen. Dann wird die so beeinflusste Jugend zur Ueberzeugung gelangen, daß die kapitalistischen Unternehmer keine unbedingte gesellschaftliche Notwendigkeit sind, sondern die Menschheit, auf kollektivistischer Basis organisiert, auch ohne diese Diktatoren der Wirtschaft glücklich sein kann.

Erziehung zur Persönlichkeit

Von Prof. Dr. M. H. Baege, Jena

Unsere bisherige Erziehung war unnatur, war Dressur und Drill, denn Erziehung hatte nicht die Bedeutung von Wachsen und Werdenlassen, sondern unter Erziehung verstand man lediglich die Hinzufügung zu einem vom Erzieher ohne Rücksicht auf die besonderen Fähigkeiten, Kräfte und Begabungen des Zöglings aufgestellten Ziele, für ein Ziel, das außerhalb des Geisteslebens des Zöglings liegt, das ihn deshalb, weil es ihm wesensfremd ist, auch kalt läßt, und für das er infolgedessen auch nie und nimmer begeistert werden kann. Begeisterung für das Erziehungsziel zu wecken müßte aber eine Hauptaufgabe unserer Erziehungstätigkeit sein, weil wir nur durch solche Begeisterung den Zögling zur Mitarbeit am Erziehungswork heranziehen können. Nur solche Erziehung aber, die nach und nach den Zögling zur Selbsterziehung führt, ist wahre Erziehung zu nennen.

Unsere bisherige Erziehung suchte ihr Ideal außerhalb statt innerhalb des Menschen. Sie wollte nicht einfach Menschen mit selbständigem Denken und sozialem Willen werden und sich entfalten lassen, sie wollte nicht die ihr Anvertrauten zur höchstmöglichen Blüte alles Menschentums und Menschseins, zu Persönlichkeiten heranbilden helfen, sondern sie zu einem bestimmten Zweck, zu einem bestimmten Berufe, nach einer bestimmten Richtung hinzerren und hinziehen. Und da unsere Jugend, einem gesunden und natürlichen Instinkt folgend, diesem Ziel nicht freiwillig zutreibt, so suchte man sie durch Anwendung von allerlei Zwangs- und Gewaltmaßnahmen zu diesem Ziele hinzupressen. Dieses zwangsweise und gewalttätige Hinziehen und Hinzerren führte dann nochedrangerweise immer zu einem Verzerrten und Verzerrten, Berrenten und Bertrüppeln des Geistes, dessen Ausbildung man sich angelegen lassen sollte.

Den verschiedenen Zielen und Zwecken entsprechend, denen unser heutiges Bildungswesen dienen und den verschiedenen Standesgruppen entsprechend auf die vorbereitete

werden soll, gibt es natürlich ebensoviel verschiedene Schul- und Erziehungssysteme, von denen jedes ein anderes Bildungsideal verfolgt. Man unterscheidet Volksschul-, Mittelschul-, Realschul-, Lyzeal- und Oberlyzeal-, Oberrealschul-, Realgymnasial-, Gymnasial- usw. Bildung. Gerade diese Aufstellung verschiedener Bildungsideale, diese Bewertung der Bildung je nach der Schule, die jemand durchlaufen, ist aber der beste Beweis für die allgemeine Verstandnislosigkeit, mit der man den wahren Erziehungs- und Bildungsaufgaben gegenübersteht und für die Veräußerlichung in unserm gesamten Bildungswesen. Denn würde man unter Bildung als Tätigkeit lediglich das, was sie wirklich ist, verstehen, nämlich ein Ausbilden, ein Ausbauen, ein Entwickeln und Emporbilden der im Zögling keimhaft vorhandenen Kräfte, Anlagen, Begabungen und Fähigkeiten usw., dann würde man nicht von „höherer“ und „niedriger“ Bildung zu sprechen wagen, weil es eben von diesem Standpunkte aus nur eine Art Bildungstätigkeit geben kann, nämlich die der Individualität angepaßte. Das Produkt solcher individuellen Bildungstätigkeit würden nicht Massen- und Herdenmenschen sein, Menschen, die sich alle in ihren Haupt- und Grundzügen ähneln und sich nur durch die mehr oder weniger große Menge eingepprägten und angelegten Wissensstoffes unterscheiden, sondern Einzelpersönlichkeiten, d. h. Menschen von eigenartiger und ursprünglicher, lebenskräftiger und lebensfroher Erscheinung, die alle durch diese ihre ausgeübte Eigenart von einander grundverschieden sind und doch wieder auch einander ebenbürtig sind, darin, daß sie eben Persönlichkeiten darstellen.

Derartig arbeitete und wirkte aber unser Erziehungswesen nicht, sondern es schablonisierte, mechanisierte und uniformierte. Schon sein Bildungsideal an sich, das Phantom der allgemeinen Bildung, ist durch solches Schablonisieren, Uniformieren und Verallgemeinern entstanden. Denn was versteht man auch nach den heutigen Schulbegriffen

noch unter allgemeiner Bildung? Im Grunde genommen doch weiter nichts als ein Bielerlei, ein unorganisches Gemischel von Wissensstoffen, sogenannten Bildungstoffen, die für alle Schüler der betreffenden Anstalt, für die Fähigen wie für die Unfähigen, für die einseitig wie für die vielseitig Begabten gleichmäßig verpflichtend sind, und die nun von außen an den zu Bildenden herangebracht werden, damit er sie mit Hilfe seines Gedächtnisses, durch mechanisches Auswendiglernen, in sich aufnehmen, und von denen man annimmt, daß sie ohne weiteres geistiges Besitztum des Zöglings geworden sind, wenn er davon zu schwätzen und mitzuplappern versteht. Ob die dem Zögling angebotene Geistesnahrung auch die für ihn angemessene ist, ob sie ihm in richtiger Menge und Zusammenfassung dargereicht wird, ob er fähig sein wird, ob seine Geisteskräfte dazu ausreichen, das Dargebotene auch geistig zu verdauen, d. h. das Neue seinem Eigenwesen als eigenen Besitzstand, ja als Teil von sich selbst organisch anzugliedern — denn nur dann allein ist es ja von wirklichem Wert für ihn — das kümmert dabei niemand. Alle ohne Unterschied der Kräfte werden unter das gleiche Joch gestellt, alle werden dem großen Bösen unserer Zeit, dem Begriff der allgemeinen Bildung, zum Opfer gebracht, und das von Staat, Schule und Eltern mit einer Anbrunst, die lebhaft an die Kindesopfer heidnischer Völker erinnert. (Schluß folgt)

Fürsten und Standesherrn

So war es nach den Fürsten-Befreiungskriegen, so handelten die Dynastien nach dem Weltkrieg!

„Wie das Geschmeiß hungriger Fliegen stürzte sich Deutschlands hoher Adel, die Fürsten, auf die blutigen Wunden ihres Vaterlandes. Die hochgeborenen Bekämpfer der Revolution, sie bettelten um das französische Ministers Talleyrand Gnade, machten seiner Dirne den Hof, trugen sein Schößbündchen auf den Händen; das Gold der kleinen Hölle, das sie nicht finden konnten, wenn das Reich sie zur Verteidigung des Vaterlandes aufrief, ließ jetzt in Strömen. Jedermann in der diplomatischen Welt kannte den Tarif der französischen Ueberhändler und wußte, wie hoch sich der Kurswert einer Stimme im Fürstentum des Deutschen Reichstags stellte.“ Heinrich v. Tschischke.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

DAS VERLORENE MANIFEST

Ein Geschichtchen, erzählt von W. R.

„Geheimdetektiv Piffig verzehrte gerade mit großem Wohlbehagen einen niedlichen Wal-fisch und trank einen Liter Eisengallustinte dazu. Da tönte das Telefon ganz mörderisch schrill. „Hier Meisterdetektiv Piffig... ab, Herr Geheimrat... ich komme sofort!“ Piffig schwang sich mit rieliger Gewandtheit in sein stets bereithabendes Strati-phärenflugzeug und in die Höhe ging es in wahrhaftigem Tempo. Daß er vom Königs-münsterhäuserer Kurzwellenender beinahe zu den Antipoden geschleudert worden wäre, konnte seinen Flug in das Büro des In-dustriegewaltigen nicht ernstlich hemmen. So-jort wurde er von Geheimrat Hupp von Kohlen-Stahldach empfangen. „Herr Piffig, ein ungeheuer wichtiges Manifest an unsere Arbeiter und Angehörten ist vor einer Stunde in Verlust geraten, schaffen Sie es wieder herbei. Der Dank des Vaterlandes wird Ihnen gewiß sein.“ „Wird gemacht, Kostenpunkt: Hunderttausend Mark!“ So antwortete Piffig, zog seine Stirn in tauflend traue Falten und dachte fürchtbar scharf nach. Blühtartig umkreiste er das ganze Per-sonal des geheimräulichen Büros, durchbohrte jeden einzelnen mit seinem dämonischen Blick. Doch alle hielten stand. Nur die Privat-sekretärin zuckte konvulsivisch und bekam Migräne. Dennoch erkannte Piffig ihre Un-schuld. Nun fürzte er in die Nachrichten-zentrale. Dort standen große Regale mit vielen Akten. Aufschriften wie „Arbeitgeber-wohlfahrt“, „Verbesserung der Sozialpolitik“, „Ausbau der Sozialversicherung“ sprangen loslagerten sofort in Piffigs piffiges Auge. Er nahm seine Winkelmessung, die nur auf Wahrheiten reagierte, in die Hand. Sie ver-lagte völlig. Dann probierte er das Zügen-pendel. Es schlug trübselig aus. Und als er dann noch das „Instrument für faulstidigen Schwindel“ anlegte, rief er freudig aus: „Ja, ha, wer kommt denn da!“ Das Manifest sprang ihm aus einem Aktendeckel in die Hand. Vorsichtshalber nahm er einen Ab-druck davon. Er drückte ein Seidenpapier auf das Dokument, hauchte mit seinem Inten-tatem darüber, und siehe, das Doppel war voll-endet. Im Nu war es in seiner Tasche ver-schwunden. Schnurstracks eilte er zum Ge-heimrat und rief: „Hier ist das Manifest!“ Kurzi ist ein Waisentochter gegen die Schneidigkeit meiner logischen Kombinationen.“ Dem erschütterten Geheimrat lief eine Freudenräne über die Stirne. „Ja danke Ihnen von ganzem Herzen. Hier ist eine Million. Es ist unser letztes Kleingeld. Wir Unternehmer brauchen ja nichts mehr, denn nun wird die Arbeitermoralität unserer letzten Willen vernehmen.“ „Verlicht“, so denkt Piffig, „ob er es merkt, wie das Zügenpendel unter meiner Jacke ausschlägt?“ Mit geradezu virtuoser Eleganz nahm er den Scheid in seine Hand, machte ein lächelndes Kompliment und verschwand in den Lüften, geriet leider in ein tiefes Nickerchen, das der Berliner Fender durch Ruffen von Hindernis bewirkt hatte, konnte sich aber durch einen fähigen Sprung auf einen Fabrikschornstein noch retten und war schnell zu Hause ange-langt. Nun ging er mit feierhafter Geste an das Studium des Manifestes. Hier ist sein Wortlaut:

nicht daran gehindert. So geht nun zu, wie ihr ohne uns fertig werdet. Wir kehren nicht eher wieder, als bis bessere Zeiten da sind. Nehmt unseren Scheidegruß!“

Hupp, Morzig, Niemens.

Als der Meisterdetektiv das alles gelesen hatte, zerriß er das Blatt. Da aber sprang das „Instrument gegen faulstidigen Schwindel“ aus der Tasche gegen seinen Kopf und schlug ihm den Schädel ein. Nur mehr als Leiche konnte der berühmte Mann geborgen werden. Wo aber steckt nun das Original des Mani-festes? Bis jetzt geht noch alles im alten Trost unter der glorreichen Führung unserer lieben Wirtschaftsführer weiter. Leider!

Prägt sich der Beruf im Gesicht wieder?

Kann man aus dem Gesicht eines Menschen auf den Beruf des Menschen schließen? In vielen Fällen scheint uns das offensichtlich zu sein. Wir glauben, den Schiffer deutlich an der Gesichts-prägung zu erkennen. Auch den Bauern. Viel-leicht auch viele andere Berufe. Manchem sieht man den Mustert direkt an. Einem anderen ist der Beruf des Schmieds an der Stirn geschrieben. Ein anderer ist der typische Beamte. Aber auch der Bergmann ist bereits zum Typ geworden. Das Gesicht des Bergmanns hat in der Regel einen bestimmten Charakter.

Wieweit sind nun solche Eigenschaften des Ge-sichts auch wissenschaftlich begründet? Gibt es vielleicht ganz bestimmte Gesichtstypen, die den Berufen entsprechen?

Eine Untersuchung im Sinne der Volkstums-

forschung suchte dem nachzugehen, und wenn sich solche Unterfuchung frei macht von Rassenendenzen ist sie gewiß auch recht lehrreich und bedeutungs-voll. Aber das Ergebnis war diesmal ziemlich negativ. Es sollten Photographien von zehn ver-schiedenen volkstümlichen Berufen beschafft wer-den. Aber nur einige wenige Berufe fanden da ihren Ausdruck in eingetragenen Photographien wieder. Damit hat die Unterfuchung nicht einmal das darstellten können, was wir als Laien alle Tage im Leben feststellen.

Aber der Anfang ist gemacht. Gewisse Ge-meinsamkeiten des Gesichtsausdrucks sind in dem einen oder anderen Berufe bereits offenkundig und deutlich erwiesen und gar in großen Linien festgelegt.

Aber dieser Gesichtsausdruck ist nicht nur äußerlich. Es handelt sich nicht nur um Haut und Augen und Furchen und Farbe. Das Gesicht prägt auch seelisch den Charakter der Berufe wieder. Ruhig und ohne Erregung das Gesicht des Bauern, verschlossen scheint hier der Mensch. Kühn und energisch der Schiffer. Gemütvoll der Schmied. Von großzügiger Befinnung zeugt das Gesicht eines Musikers. Dagegen die Arbeiter-frau, die manche Jahre eines harten Lebens ge-tragen hat, voll Erfahrung, eines schweren Da-seins, fast müde, freudlos.

Je mehr die Mechanisierung des Arbeitslebens zunimmt, um so weniger wird sich der Beruf des Menschen im Gesicht prägen. Aber daß er sich da ohne Zweifel prägte, das beweist, von welcher einschneidender und formender Bedeutung die Umwelt für die Gestalt und Seele des Menschen ist.

Sogar die Landschaft bildet den Menschen. Wie kann da auch nur ein Mensch das Be-stimmende der Umwelt leugnen?

Und das ist ja die Auffassung des Marxismus, den man dennoch bekämpft.

30 000 Gesetze und Verordnungen

Ueber das deutsche Volk ist nach dem Kriege eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen aus-geschüttet worden. Derzeit sind in Deutschland etwa 8000 Reichsgesetze gültig. Des ferneren gab, aus einer amtlichen Zusammenstellung her-vor, daß seit Kriegsende in nachstehenden Län-dern an Gesetzen, Gesetzesänderungen und Verord-nungen erlassen sind: in Braunschweig 1700, Oldenburg 1777, Lippe 1189, Schaumburg-Blippe 1019, Bremen 1901, Bremen 1901 Gesetze, außer-dem 1376 Bekanntmachungen der Behörden: Ham-burg 4942, Preußen 3250 Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Wenn man dazu die Gesetze der süddeutschen Länder nimmt, so ergibt sich eine Zahl von mehr als 30 000 gültigen Gesetzen, Be-kanntmachungen und Verordnungen. Dabei be-finden sich Gesetze, die ein Leben von Hunderten von Jahren haben. Und in diesem Paragraphen-gekrüppel soll sich nun der Bürger zurechtfinden! Es dürfte an der Zeit sein, mit diesen Ueber-wucherungen der Gesetze und Verordnungen ein-mal gründlich aufzuräumen.

ZWEI MINUTEN LACHEN

Falsch geparkt.

Sie hatte ihren Wagen vor einem Feuer-hydrant vor zwei Stunden geparkt. Ein Schuß-mann martete auf sie.

„Ich habe zwei Stunden auf Sie geparkt, wie heißen Sie?“

„Es würde nicht gut sein, wenn ich Ihnen meinen Namen sagte; Sie sind zwar ein hübscher Bursche, aber mein Mann ist zweimal so groß wie Sie und sehr eifersüchtig!“

Die Stimme meines Herrn.

Mein Mann ist sehr viel verzeilt, und da möchte ich mir gerne einen Papagei kaufen, damit ich Gesellschaft habe. Ist dieser hier rauhe Sprache gewöhnt!

„Oh, Madam, mit diesem Vogel im Haus werden Sie Ihren Gatten nie vermissen.“

Wenn man kein Geld hat.

Der kleine Karl kam in das Arbeitszimmer seines Vaters mit einem Gesicht, das angestreng-tes Nachdenken verriet.

„Vater, willst du nicht so gut sein, mir etwas Geld zu geben?“

„Und was, mein Sohn, willst du mit dem Gelde machen?“ fragte der Vater vorsichtig.

„Sie mal, Vater“, fuhr der Junge fort, „es könnten mich doch mal Räuber überfallen, die sagen: Geld oder das Leben! und dann habe ich keins.“

Täglich frisch.

Arthur: „Hat Irene nicht eine frischere Gesichts-farbe bekommen?“ Tony: „Ja. Täglich frisch.“

Zur Beruhigung

Von Heinrich Heine.

Wir schlafen ganz, wie Brutus schlief — Doch jener erwachte und bohrte tief In Cäsars Brust das kalte Messer! Die Römer waren Tyrannenfresser.

Wir sind keine Römer, wir rauchen Tabak — Ein jedes Volk hat seinen Geschmack, Ein jedes Volk hat seine Größe; In Schwaben kocht man die besten Klöße.

Wir sind Germanen, gemütlich und brav, Wir schlafen gesunden Pflanzenschlaf, Und wenn wir erwachen, pflegt uns zu dürsten, Doch nicht nach dem Blute unserer Fürsten.

Wir sind so treu wie Eichenholz, Auch Lindenholz, drauf sind wir stolz! Im Land der Eichen und der Linden Wird niemals sich ein Brutus finden.

Und wenn auch ein Brutus unter uns wär, Den Cäsar länd' er nimmermehr, Vorgeblich würd' er den Cäsar suchen; Wir haben gute Pfefferkuchen.

Wir haben sechsunddreißig Herr(n). (Ist nicht zu viel) und einen Stern Trägt jeder schützend auf seinem Herzen. Und er braucht nicht zu fürchten die Iden [des Märzens.

Wir nennen sie Väter, und Vaterland Benennen wir dasjenige Land, Das erbeigentlich gehört den Fürsten; Wir lieben auch Sauerkraut mit Würsten.

Wenn unser Vater spazieren geht, Zieh'n wir den Hut mit Pietät; Deutschland, die fromme Kinderstube, Ist keine römische Mördergrube.

* Diese Strophe ist zwar etwas veraltet, wir bringen sie dessentwegen, weil es noch Leute in Deutschland gibt, die sich nach den sechsunddreißig Herren zurücksehnen. Die Redaktion.

DIE RITTER VOM TWIEL

Im Verlage „Der Bücherkreis G. v. S. S.“ Berlin 55 51, ist eben ein neues Buch von Oskar Böhler, dem Verfasser des Schmelz-romans „Der Soldat und seine Streife“, erschienen, der geschichtliche Roman „Das Inn — Der letzte Tag“ (Preis 4.00 Mk.). Paris wird laut Böhlers düsterer Phantasie ein Tag aus dem Mittelalter geistreich Wirklich-keit. Das Inn beim Verfall in den Zeit der Bergangeheit nicht der Summe des „Sol-datens“ vergangen ist, bezeugt die nachfolgende laufige Charakteristik eines Kleinbürgerlichen Kavaliers:

Mit den Rittern vom Twiel, über die ganz Kon-stantz lacht, hat es eine eigene Bewandnis. Es sind gar keine Ritter, sondern Pfleger, Bil-tualienhändler, kleine Gewürzträger, Unzünftige, die an irgendeiner Handlung in den Gemäßen haben. Winkelschreiber, Schuhersknechte, Pasteten-bäcker, Radelmacher, Linder, Ehgräbenpüher, Bürtener und Vertilger von Gesierer, sogenannte Wanzenküder. Nur Hundsfänger sind keine dabei. Kleine Leute sind es, die brav ihrem kleinen Brot-amt dienen, die aber an gewöhnlichen Tagestrott kein Gemüte finden, sondern sich zu höherem be-rufen fühlen. Zahnlose Hündlein sind es, die hoch hergehenden möchten über ihr vorzügliches Ge-schlecht. Knechte, die sich berauschen an der Ver-teilung der Herrengeburt. Sie atmen Gotteslust, wenn ein Adliger sie mit dem Kermel streift. Die Augen gehen ihnen über, wenn sie ein schön-gemaltes Ritterwappen sehen: einen halben Fels-kegel, eines Schmelzes Keule, einen geschwänzten Stern, einen Dreieck, einen schnappenden Wolfs-keifer, ein Frauenauge, eine heifstingelige Lilie, einen Schwannenhals, eine überne Leiter. Die stolze, den armen Hund verachtende Ritterchaft und deren vornehmes Leben hat es diesen kleinen Leuten angetan. Nun haben sie, um sich vor sich selber zu erheben, einen eigenen Ritterbund ge-gründet, kommen einmal im Monat zusammen zur Tafel und zum feierlichen Zutritt und fühlen sich feig und über das gewöhnliche Erdengeschmeiß erhoben im Gebrauch und in der Nachahmung wirt-licher Ritterchaft. Turniere kennen sie zwar nicht; doch gibt es in den Sauggesprächen die und da ein plummes Vanzenbrechen. Ein Totenkopf steht bei ihrem Gelage in der Mitte des Tisches; ein Totenkopf, um den vier gemachte Kerzen brennen. Nachen und unfeine Reden führen ist angefichts dieses geblühten Schädels verboten; aber erlaubt ist, diesem Schmelz der Berganglichkeit in die selben Zähne hinein jeden Humpen auf einen Zug bis zur Kugelgröße zu leeren. Je größer der Gurgel und Schmelz, desto größer die Ehre der Ritterchaft. Die Frauen der Twieler werden die Burgfrauen genannt, ihre Töchter die Burgmädchen, ihre Söhne teils Junker, teils Knappen. Kommen Gäste, so sind das nicht gewöhnliche Gäste, wie sie jede Herberge hat, Straßenwanderer, mit Säufen im Bart, sondern es sind fromme Pilgrime aus herlichem Land, mögen sie gleich an der nächsten Schwelgere wohnen. Die Ritter vom Twiel hatten auf keine Lebensart und auf höfliches, weltmänni-ches Benehmen. Da abt es eherne Zugung und Regel. Nicht jeder darf sich niederlegen am Tisch, wie er will, denn so fährt nur eine Kauterbau an den Tisch. Ein Twieler Ritter aber, der weiß

was sich schickt, nimmt keinen Stuhl, ohne den Zunächststehenden zu fragen: „Ehrenfester und ge-treuer Ritter, hochzupreisende Zier der Ritter-schaft, ist es deinem Knecht und Steigbügelhalter erlaubt, daß er in deine Burg einreite?“ Und erst, wenn daraufhin der Herr Käsehänder gnädig mit seinem Ritterkopf nickt, ist es dem nicht minder ehrenfesten, tugendhaften Anfrager gestattet, sich auf den geschmückten Stuhl der Ritterchaft zu setzen. Die Ritter vom Twiel leben nicht des stillen Suffs allein, nein, sie dienen auch auf ihre tweifische Art den schönen Künsten und der Wissenschaft. Jeder nämlich, der in ihren Kreis will, hat, ehe ihm der Rittertschlag erteilt und die mippende Feder aufs Haupt gesetzt wird, eine Antrittsrede zu halten. Das Thema ist, damit keiner der Ritter dem anderen etwas voraus habe, jedesmal das gleiche. Alle Imoundvierzig, die die Rittertschaft vom Twiel zu ihren Mitgliedern zieh, haben gesprochen über den Fragatz: „Anwiefern ist des Menschen Leben einem brennenden Licht zu vergleichen?“ Bei Gott, ein tiefgründiger, in-haltsschwerer Satz, bei dessen Ausbeinung gar mächtiglich die Schadel rauchen! In diesen Lehr-gesprächen hat den Vogel abgeholfen Suldrich Wischer, der kleine feist- und rotgesichtige Hel-den-maler und Abkonterfeier, der nachdrücklich, mit viel Kraft der Stimme, davor warnte, befahtes menschliches Lichtstumpeln etwa gleichzeitig an bei-den Enden anzuzünden, alldieweil dies wohl eine lichtere Flamme, zugleich aber, und das sei das Betrübliche, eine viel raschere Verbrauchung nicht nur des Dochtes, sondern auch des edlen Lebenswachses ergäbe. Welcher abgegebene Licht-blick den Rittern vom Twiel dermaßen einleuch-tete, daß sie Suldrichs Wischer zum Meister vom Stuhl ertieften. Eine Wahl, die wohlgetan war; denn unter Wischers humpenfreudiger Hand nahmen die Kapitelsabende der Ritter vom Twiel einen erfreulichen Aufschwung. Auf seinen Anstoß hin tätigten die Twieler mit der Schloßherrin von Weersburg einen Vertrag, laut welchem sie jeden ersten Freitag im Monat den großen Rittertsaal im Schloß zum Untrunt benutzen durften. (Ge-gen ein Pauschal von jährlich sechs Gulden, zahlbar jemeilen auf Sankt Martins Abend.) Da kamen denn die Ritter vom Twiel, tarn-nalisch aus-staffiert, von Konstanz her in einem Schnellboot gefahren, erklommen unter Verschüttung unherren-mäßig viel Schweines die Steilwand, auf der der Turm Dagoberts steht, und saßen dann unter manchertel Bemummungen und unter Führung gar feltamlichen, hochadeligen, rittertschlichen Ge-sprächs in guter Ordnung bis zur Ritternachts-stunde im Rittertsaal und schütteten in ihre ritter-lichen Bäuche unheimliche Mengen Weersburger Weines.

Den Weinlieblichen im Städtlein war die Gesell-schaft lieb und wert; denn ihre Trankung und Zehrung hinterließ jedesmal einen ansehnlichen Baggen Geldes. Doch den andern Weersburger Bürgern waren die Ritter vom Twiel ein Strai-fen des Anfsches; denn der Rückweg zum Schiff war gemeinlich nächsten Tags durch eine Aus-schüttung unwilliger Ragen bezeichnet.